

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 335 · 28. JAHRGANG · AUSGABE 8/2023 VOM 18. August 2023 · 1 EURO

3 | **Finanzamt gegen
Zivilgesellschaft**

Gemeinnützigkeit als Maulkorb

7 | **Rettet unsere
DDR-Garagen**

Rechtssicherheit herstellen

14 | **Prigoschins Aufenthalt nach
dem Deal mit Putin**

Schwejk lüftet das Geheimnis

Unsere Heimat, unsere Zukunft, unser Ökosystem

Stellungnahme zum geplanten 2. Bauabschnitt der B167neu

Der Bundesverkehrswegeplan 2030 – ein Dokument, in dem auf 190 Seiten das Wort »Klimawandel« nicht ein einziges Mal vorkommt – sieht vor, eine Umgehungsstraße mit gigantischen Brückenbauwerken durchs Finowtal zu bauen. Das ist schon lange bekannt, ebenso lange wird darüber gestritten, aber es wird nicht weniger aktuell, denn die Naivität dieser Vision können wir uns mit unserem heutigen Wissen nicht mehr leisten. Ob das Projekt, dessen Grundidee aus dem vergangenen Jahrtausend stammt, heute noch einen verkehrspolitischen Sinn hat, müßte neu geprüft werden, aber das können wir hier nicht tun. Unsere Themen sind Landschafts-, Klima- und Naturschutz.

Landschaft

Die Landschaftszerstörung sieht man deutlich. Weniger augenfällig, aber ebenso schwerwiegend wären die Auswirkungen eines solchen Projekts auf Natur und Stadtklima.

Verkehr und Emissionen

»Die Träger öffentlicher Aufgaben haben bei ihren Planungen und Entscheidungen den Zweck dieses Gesetzes und die zu seiner Erfüllung festgelegten Ziele zu berücksichtigen«, sagt das Bundes-Klimaschutzgesetz und meint die Erfüllung der nationalen Klimaschutzziele, die der Verkehrssektor regelmäßig verfehlt. Daß sie erst recht nicht zu erreichen sind, wenn statt einer klimafreundlichen Mobilitätswende jetzt noch Mammutprojekte begonnen werden, die – nach eigener Aussage des Bundesverkehrswegeplans – zu einem Anstieg des Verkehrs und der CO₂-Emissionen führen, liegt auf der Hand.

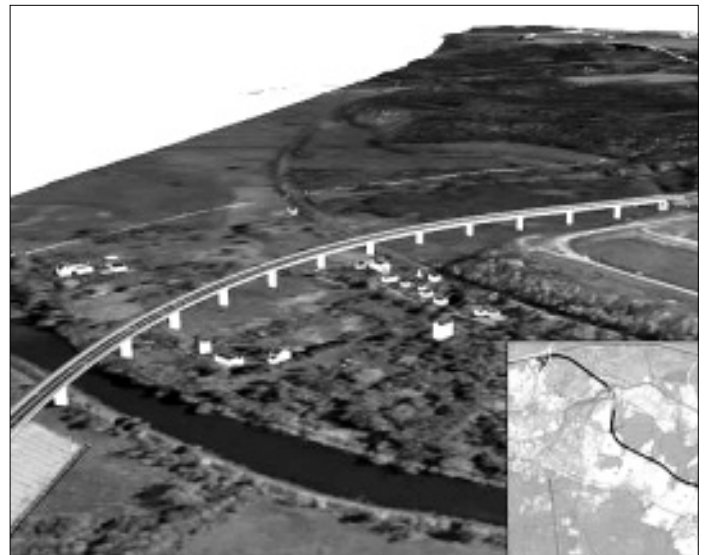
Klimaanpassung

Mit einigen Folgen des Klimawandels werden wir leben müssen, aber wir können sie abmildern. Im Leitbild für das in Arbeit befindliche Klimaanpassungskonzept für die Stadt Eberswalde wird bekräftigt, daß wir dafür »funktionstüchtige Ökosysteme erhalten und ausweiten sowie deren Ökosystemdienstleistungen als Lebensgrundlage würdigen« müssen. Unser Anliegen war, dies ins Konzept aufzunehmen, und wir freuen uns, daß es geschah. Wir möchten das nun aber auch ernstgenommen wissen. Dieses Projekt würde das größte Kaltluftentstehungsgebiet in der Umgebung von Eberswalde in seiner Funktion beeinträchtigen – mit unvorhersehbaren Folgen für unser Stadtklima.

Naturschutz

Das Finowtal ist nicht nur eine Wiese mit Kanal und der Eberswalder Stadtwald mehr als eine Nutzholzplantage. Man braucht nicht unbedingt Fachwissen, um den Wert dieser Biotope zu ermessen. Der Stadtwald ist durchzogen von kleinen Kesselmooren, auf den Wiesen des Finowtals gibt es eine solche Vielfalt an Blütenpflanzen, daß angehende Naturschutz-Studierende der HNE dort in die Pflanzenkartierung eingeführt werden, und die Schmetterlinge sieht man, auch wenn man sie nicht kennt. Nicht umsonst liegen hier das europäische Flora-Fauna-Habitat-Schutzgebiet »Finowtal-Ragöser Fließ« und das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin.

Auch wenn die geplante Trasse haarscharf an den Schutzgebieten vorbeigelegt wurde: es wäre naiv zu erwarten, daß sie durch eine derart gigantische Baustelle nicht geschädigt würden. Ein Schutzgebiet ist keine Insel und hat keinen Schutzschild, der es von allem, was außerhalb vorgeht, abschirmen würde. Das Planungsrecht mag so funktionieren, die Natur nicht.



Eins von drei geplanten Brückenbauwerken im 2. Bauabschnitt der B167neu mit von uns darübergelegter Übersichtskarte, dort rot markiert.

Quelle: DEGES 2023

Warum wir das schreiben

Wir sind uns bewußt, daß die Planungshoheit für ein solches Vorhaben nicht bei der Stadt Eberswalde liegt. Das bedeutet aber nicht, daß wir gar keinen Einfluß haben.

Als Zivilgesellschaft und als Kommune können wir dem Land Brandenburg und der Bundesregierung das Signal senden, daß die gesetzlichen Vorgaben zum Klimaschutz ernstzunehmen sind und daß der Schutz von Klima, Natur und Landschaft in unserer Stadt anfängt und Teil unserer Identität und Integrität ist.

Wenn Sie das auch so sehen, dann lassen Sie uns die Weichen umstellen: Hin zu einer positiven Vision von Mobilität, die Landschaft, Natur und Stadtklima schont und für uns und die kommenden Generationen bewahrt. Denn unsere Nachkommen werden uns vor allem daran messen, was wir nicht zerstört haben.

ALNUS e.V., NABU Barnim e.V., BUND Ortsgruppe Eberswalde/
Barnim Nord, NaturFreunde Ortsgruppe Eberswalde,
ADFC-Regionalgruppe Eberswalde, Recht auf Stadt Eberswalde

Hinweis: Zu den einzelnen Aspekten der Stellungnahme wird in den kommenden Ausgaben berichtet.

Ist Krieg wirklich das Beste?

»Krieg ist der beste Kaufmann –
er macht aus Eisen Gold«
(Friedrich Schiller)

Man könnte glauben, daß dies der Wahlspruch früher von Krupp und heute von Rheinmetall, Krauss-Maffei u.A. ist! Analysten meinen, die Rheinmetall-Aktie habe das Zeug, von jetzt Kurswert 250 auf 500 Punkte zu klettern. Der Krieg muß nur noch lange genug dauern. Dafür werden die USA, Great Britain, die BRD und weitere NATO-Partner mit ihren Waffenlieferungen sorgen.

Zum Auftakt gingen mehrere Dutzend Leopard aus Deutschland und Dänemark in die Ukraine. Je mehr von den Schrottpanzern im Osten kaputt gehen, desto dicker werden die Rheinmetall-Auftragsbücher für neue Waffen!

Und im übrigen sei angemerkt, daß der Chef von Rheinmetall als Privatunternehmer einen unersetzlich wichtigen Zulieferer gekauft hat, der permanent mit Wissen des Aufsichtsrates große Rheinmetall-Aufträge erhält.

Und zum Glück für Norwegen bleibt Herr Stoltenberg weiterhin NATO-Generalsekretär und wird nicht Chef der norwegischen Zentralbank. Auf Wunsch der USA. Warum zum Glück für Norwegen? Nun, als Chef der Zentralbank würde er die Wirtschaft seines Königs mit Sicherheit ruinieren.

Wie kann man bei Klaus von Dohnanyi nachlesen: Für die Fehler, die er sich auf dem Weg zum Ukraine-Krieg leistete, könnte er sich in einem gut geführten Unternehmen nicht auf seinem Sessel halten. Aber die NATO ist ja auch kein gut geführtes Unternehmen! Beweise sind ja wohl Jugoslawien, Afghanistan und nun die Ukraine. Die BRD verkürzt die Entfernung zum Feindbild Rußland, indem schon mal 4000 Soldaten mit Familien und »schwerem Gerät« ins Baltikum geschickt werden. Wie sagte Frau Baerbock richtig: Wir führen Krieg gegen Rußland!

Damit dann die Wege der Rüstungsgüter auch optimiert werden können auf dem Weg nach Osten – 2000 Kilometer bis Moskau –, bewarben sich Woidke und Steinbach um die Rheinmetall-Rüstungs-Ansiedlung in Brandenburg. Die Stellungnahme von Herrn Wölter (Die Linke) konnte schwächer kaum sein und wird nur von Nicht-Stellungnahmen anderer Oppositioneller unterboten.

Die beschleunigte Realisierung von Groß-Projekten nach Art TESLA (so sollte es auch für Rheinmetall gehen) gefährdet die Demokratie, indem die Obrigkeit an den Bürgern vorbei sich über deren Interessen hinwegsetzt. Man sieht es an der Abholzung des Grünheider Waldes und an der US-amerikanischen Nutzung der Umweltressourcen, wie Trinkwasser u.a.

BERND C. SCHUHMAN

Weltfriedenstag 2023



Wie in den vergangenen Jahren findet auch in diesem Jahr wieder eine Mahn- und Gedenkveranstaltung auf dem **Marktplatz in Eberswalde** statt. Am **Freitag, dem 1. September, in der Zeit von 16 bis 19 Uhr** wird die Möglichkeit geboten, sich zu versammeln, um in aller Öffentlichkeit zu zeigen, daß man nicht einverstanden ist mit der Kriegspolitik der deutschen Bundesregierung.

Das Herummeckern in den eigenen vier Wänden wird von den verantwortlichen Politikern nicht wahrgenommen. Sichtbarer Protest und friedlicher Widerstand auf der Straße sind gesetzlich legitim und unsere Instrumente im Koffer der Demokratie.

Wenn die Mehrheit der Bevölkerung merkt, daß die amtierenden Volksvertreter offizielle Umfragestudien ignorieren, aus denen eindeutig hervorgeht, daß sich circa 80 Prozent der Deutschen vor einer Eskalation der Auseinandersetzungen in der Ukraine bis hin zum Ausbruch eines 3. Weltkrieges fürchten und sich deswegen gegen die Kriegslust der Regierenden aussprechen, wenn diesen Regierenden Volkswille egal ist, dann müssen die

80 Prozent der Bürger aufstehen und daran erinnern, daß alle Macht vom Volke ausgeht und nicht andersherum.

Es ist ein Trugschluß zu glauben, daß sich nach den nächsten Wahlen etwas ändern würde. Stimme abgeben reicht nicht. Widerstand muß sichtbar sein – auf der Straße!

Mag sein, daß auch in diesem Jahr das Interesse an dieser so wichtigen Veranstaltung mal wieder gering ausfällt. Die Streitkultur ist in der BRD eben total verkümmert. Verkümmerte Streitkultur bedeutet verkümmerte Demokratie. Punkt.

Unsere Angebote am 1. September:

Kulturelle Beiträge, auch vom Chor IWUSCHKA, Redebeiträge und vor allem ein Streitisch, an dem sachlich Meinungen ausgetauscht werden können.

Jedermann ist herzlich eingeladen.

Bitte weitersagen!

Organisiert wird das Ganze von Menschen, die sich der weltweiten Friedensbewegung zugehörig fühlen und aktiv geworden sind. Im Namen dieser Leute läßt freundlich grüßen

ECKHARD LAURICH

Verfassungsbeschwerde gegen Maulkorb für Kriegsgegner

Die beiden Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) WERA RICHTER und PATRIK KÖBELE haben gemeinsam mit dem Juristen Dr. Dr. RALF HOHMANN Verfassungsbeschwerde gegen die Neufassung des § 130 des Strafgesetzbuches eingelegt. Sie argumentieren, daß die Neufassung des Paragraphen einen Verstoß gegen die grundgesetzlich gesicherte Meinungsfreiheit und die grundgesetzlich vorgeschriebene Bestimmtheit eines Gesetzes darstellt. Die Verfahrensweise der parlamentarischen Beschlußfassung als sogenanntes »Omnibus-Gesetz«, also als Anhang eines anderen Gesetzes ohne inhaltlichen Bezug wird vor allem deshalb moniert, weil das Gesetz »ohne tiefgehende parlamentarische Be-

fassung durchgepeitscht worden ist«, wie Wera Richter und Patrik Köbele erklären. Sie erklären weiter: »Wurde der Volksverhetzungsparagraph in der Vergangenheit viel zu selten gegen die Leugnung und Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus eingesetzt, so soll er jetzt als Waffe gegen alle die genutzt werden, die die Aufrüstungs- und Kriegspolitik, die die NATO-Gefolgschaft der Bundesregierung ablehnen. Das ist Teil einer Politik des reaktionären Staatsumbaus, die wir auf allen Ebenen, auch auf der juristischen, bekämpfen. Wir gehen davon aus, daß die Neufassung des Gesetzes verfassungswidrig ist.«

Der Antrag ist unter: kurzelinks.de/verfassungsbeschwerde veröffentlicht.

1 – Klaus von Dohnanyi: »Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche«, Siedler-Verlag, S.105

Finanzamt gegen Zivilgesellschaft

Die Zeiten, sich unbehelligt für die Zivilgesellschaft einzusetzen, haben sich geändert. Während neoliberale Vereine ungestört Politik und Gesetze beeinflussen, müssen in der BRD immer mehr progressive Vereine um ihre Gemeinnützigkeit fürchten. Finanzminister Christian Lindner (FDP), der den Finanzämtern vorsteht, schaut dabei tatenlos zu. In der BBP konnten Sie sich in den vergangenen Ausgaben über einige Beispiele informieren. ANN-KATHRIN SEIDEL, Expertin für Gemeinnützigkeitsrecht, gibt nachfolgend einen Überblick der Entwicklungen:

Sie kämpfen gegen die Reichensteuer, wehren sich gegen Klimaschutz und unterstützen die Rüstungsindustrie. Konservative und neoliberale Vereine sind einflussreich – und arbeiten dabei ganz selbstverständlich gemeinnützig. Sie stellen Spendenquittungen aus und sind von Steuern befreit. Nur eins bekommen sie nicht: unangenehme Post vom Finanzamt.

Ganz im Gegensatz zu vielen progressiven Vereinen – diese müssen um ihre Gemeinnützigkeit fürchten, wenn sie sich politisch einmischen.

Es ist nicht zu übersehen: Die Finanzämter messen mit zweierlei Maß. Das widerspricht nicht nur ihrem Auftrag, alle Vereine gleichzubehandeln. Es führt auch dazu, dass konservative Organisationen mit ihren Positionen die öffentliche Debatte gefährlich verzerren – so wie in der Hetzkampagne gegen das Heilungsgesetz.

Damit sich progressive Vereine endlich wieder ohne Angst für ihre Werte stark machen können, braucht es dringend eine Reform der Abgabenordnung. Doch auch viereinhalb Jahre nach dem Attac-Urteil tut sich nichts – damals verlor auch Campact seine Gemeinnützigkeit. Das FDP-geleitete Finanzministerium weigert sich, die Reform anzugehen. Obwohl dieses Vorhaben klar und deutlich im Koalitionsvertrag steht.

Erst Attac, dann Campact – die Liste der Vereine und Stiftungen, die um ihre Gemeinnützigkeit zittern oder sie schon verloren haben, ist lang. Derzeit bekommen besonders Anti-Rechts-Initiativen Probleme mit dem Finanzamt, weil die AfD die Unsicherheiten des Gemeinnützigkeitsrechts gezielt ausnutzt. Die Amadeu-Antonio-Stiftung wurde gerade erst von der AfD beim Finanzamt angezeigt.¹ Die Folgen: Angst, Rückzug und Verstummen. Eine aktuelle Umfrage unter Trägern der politischen Bildung hat ergeben, dass 38 Prozent befürchten, wegen ihrer Arbeit ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren.² Einem Drittel der befragten Organisationen fehlen die finanziellen Mittel, um sich Rechtsbeistand zu nehmen – den Verlust der Gemeinnützigkeit können sie sich schier nicht leisten. Was passiert? Rund 30.000 Vereine und Stif-



FOTO: COMPACT E.V.

tungen schrauben aus Angst ihre politische Arbeit zurück.³

Unsere Bürgerbewegung hat zusammen mit der Gesellschaft für Freiheitsrechte und der Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung« schon viel auf die Beine gestellt, um der progressiven Zivilgesellschaft den Rücken zu stärken. Fast 390.000 Menschen haben unseren Appell unterzeichnet. Vor zwei Jahren haben wir dafür gesorgt, daß unsere wichtigsten Forderungen im Koalitionsvertrag der Ampel stehen. Wir haben mehr als 7.500 eMails an die Fraktionsspitzen geschrieben, damit sie dieses Versprechen auch umsetzen. Mit Erfolg: Statt nur die Wünsche der FDP einzubauen, hat die Ampel zugesagt, auch die Positionen der Zivilgesellschaft in der Reform aufzunehmen. Jetzt sorgen wir dafür, daß diese Zusage auch eingelöst wird. Wir zeigen dem FDP-Finanzminister, dass auch die Vereine, die ihm politisch nahestehen, gegen die Abgabenordnung verstoßen. Dafür brauchen wir investigative Recherche und stichfeste, juristische Rechtsgutachten. Und die haben ihren Preis: mindestens 60.000 Euro. Deshalb ist jede Spende⁴ für unsere Rechtsgutachten und Recherchen hilfreich!

1 – »Vorbild Attac: AfD will Amadeu-Antonio-Stiftung Gemeinnützigkeit aberkennen lassen«, Berliner Zeitung, 28. März 2023

2 – Ergebnisse der Befragung »Folgen der Änderungen im Gemeinnützigkeitsrecht für politische Bildung«, Julika Bürgin, Hochschule Darmstadt, erschienen im Juli 2022

3 – »Zivilgesellschaft in Krisenzeiten: Politisch aktiv mit geschwächten Fundamenten«, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V., erschienen am 7. März 2023

4 – Spenden: ogy.de/looq oder direkt auf das Aktionskonto: Campact e.V., Bank für Sozialwirtschaft, IBAN DE52 2512 0510 6980 0157 12, BIC BFSWDE33HAN

Mitmach-Garten

Wir, das INSTITUT FÜR NEUE SOZIALE PLASTIK und der Verein NIEMAND WIRD VERGESSEN, suchen helfende Hände & laden ein zur *Mitmach-Gartenaktion* im historischen Garten der Villa Hirsch in der Messingwerksiedlung in Finow. Mit Helferinnen und Helfern aus der Umgebung wollen wir am Sonntag, den 20. August, ab 11 Uhr gemeinsam einen Weg von der Villa zum Wasserturm anlegen und so den Ort begehbar machen. Der nördliche Gartenteil bis hin zum Finower Wasserturm ist versehen mit Hochbeeten und Obstbäumen – in Anlehnung an einen Kibbuz-Garten. Der Begriff »Kibbuz-Garten« verweist auf die jüdische Geschichte der Messingwerksiedlung und erinnert an die landwirtschaftliche Arbeit der Hachscharot*. Wir gärtnern und graben uns durch die Geschichte und bringen den Garten zum Glänzen! Für Getränke und Snacks ist gesorgt. Einzelne Gartenwerkzeuge sind vorhanden, bringt aber gerne noch eigene mit und seid dabei!

Nach der gemeinsamen Arbeit im Grünen laden wir im Garten der Villa Hirsch zum Open-Air Kino ein. NIEMAND WIRD VERGESSEN stellt sich vor. Wir zeigen den mehrfach prämierten Kurzfilm »Masel Tov Cocktail« und den 34-minütigen Film »Liebster Dziodzio« (DEFA) von Roza Berger-Fiedler in Erinnerung an die jüdische Sozialistin Rosa Luxemburg, deren Leben, Gedanken- und Gefühlswelt. Das Open-Air Kino beginnt 20 Uhr, ist kostenfrei und es gibt Sitzplätze. Getränke sind ab 19.30 Uhr gegen Spende an der Bar erhältlich. Der Garten der Villa Hirsch befindet sich in der Erich-Steinfurth-Straße 12 in 16227 Eberswalde. Bei schlechtem Wetter wird die Veranstaltung verlagert.

MIA AVIVA ALVIZURI SOMMERFELD
Projektkoordinatorin Chasak!
Gegen Antisemitismus im ländlichen Raum
(via ditnetz)

* Die Haschara-Bewegung bereitete Jüdinnen und Juden auf ihre Ausreise nach Eretz Israel vor und rettete nach 1933 Tausenden das Leben.

OdF-Gedenken

Das TERRITORIALE BÜNDNIS BERNAU UND UMGEBUNG lädt ein anlässlich des »Internationalen Gedenktag für die Opfer des Faschismus« zum Gedenken am **10. September, 10.30 Uhr, am OdF-Ehrenmal auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau bei Berlin.**

Wir erinnern an ALBERT KUBOW, WILHELM MECKLENBURG, die »Moorsoldaten« ALFRED TOUPS und WILHELM GÄRTNER und die Opfer der deutschen Militärjustiz EUGEN SCHIER und KARL-HEINZ HOFFMANN.

KLAUS-DIETER JÄSCHKE

Ortsteile stärken

Mit einem 2. Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2023 soll im September die Haushaltssperre in der Stadt Eberswalde aufgehoben werden. Unsere Fraktion begrüßt dies in der Hoffnung, daß seitens der Dezerate und Ämter der Stadtverwaltung die Gelegenheit genutzt wurde, strukturelle Reserven wie mögliche Doppelstrukturen oder personalintensive einseitige Klientelpolitik aufzudecken sowie Investitionen auf ihre Notwendigkeit zu prüfen und die umfangreichen Übertragungen von Haushaltsposten auf künftige Haushaltsjahre deutlich zu reduzieren. Die Bereiche Soziales, Bildung und Bürgerdemokratie hingegen dürfen nicht dem Rotstift preisgegeben werden.

Zur Verbesserung der Bürgerdemokratie hatten wir vorgeschlagen, die Ortsteile der Stadt besser den siedlungsräumlichen Gegebenheiten anzupassen. Hierzu gehört unter anderem die Schaffung eines eigenständigen Ortsteils Clara-Zetkin-Siedlung.

Alle Ortsteile sollten durch einen Ortsbeirat repräsentiert werden, auch die Ortsteile, die derzeit über keine Ortsteilvertretung verfügen. Die Ortsbeiräte sollten über alle demokratischen Mitsprachemöglichkeiten verfügen, die im Rahmen der Brandenburgischen Kommunalverfassung möglich sind. In Eberswalde werden diese Möglichkeiten längst nicht ausgeschöpft.

MIRKO WOLFGRAHM, Fraktion »Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur«

Tag der Industriekultur

Eberswalde (prest-ew). Von der Prignitz bis ins Lausitzer Seenland hatten am 12. August mehr als zwanzig Orte gemeinsam zum ersten Brandenburger Tag der Industriekultur eingeladen. Unter dem Motto »Schichtwechsel« ermöglichten stillgelegte Fabriken, ehemalige Kraftwerke und Museen emotionale Begegnungen mit einem besonders prägenden Kapitel der jüngeren Vergangenheit der Region.

Das Museum Eberswalde beteiligte sich mit einer inklusiven Führung unter dem Titel »Spuren der Industriekultur im Eberswalder Museum«. Das Finowtal gilt als Wiege der brandenburgisch-preußischen Industrie. Bereits Anfang des 17. Jahrhunderts wurden frühindustrielle Produktionsstätten westlich von Eberswalde am Fluß Finow angesiedelt, wie der bekannte Kupferhammer und ein Eisenhammer. Der Ausbau der Finow zum Kanal ab 1605, die Nutzung der Wasserkraft, der Holzreichtum und Vorkommen an Raseneisenerz boten gute Bedingungen. Nach 1900 wird das Industriegebiet im Finowtal sogar als Märkisches Wuppertal bezeichnet. Die Führung richtete sich speziell an Besucher mit

Von der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung berichtet:

Frieden schaffen mit mehr Waffen!

Neben einigen Präsentationen und Vorträgen, darunter der ZWA-Vorsteherin Stefanie Maylan zum Thema Trink- und Abwasser sowie von Dr. Knopp über den Stand der Schleusensanierung am Finowkanal, kamen am 27. Juni etliche Bauvorhaben in der letzten Eberswalder Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause zur Abstimmung.

Richtig zur Sache ging es aber erst beim Antrag der LINKEN-Fraktion, den Bürgermeister zu beauftragen, im Rahmen der Bündnisses »Mayors for Peace«, in dem Eberswalde Mitglied ist, an die Bundesregierung zu appellieren, sich für einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine einzusetzen. Zuerst ging es noch um die rechtliche Bewertung. Das städtische Rechtsamt war der Meinung, es handle sich um einen unzulässigen Antrag, weil er die auswärtigen Beziehungen beträfe (vgl. BBP Sommer/2023, S. 7). Dem widersprach Volker Passoke energisch (und er als Rechtsanwalt muß das wissen) und betonte, daß man sich sehr wohl mit einem Anliegen an die Bundesregierung wenden kann. Damit mache man noch lange keine Außenpolitik. Und daß der Ukrainekrieg uns nicht als Stadt betreffe, davon kann ja keine Rede sein, unterstrich Sebastian Walter (ebenfalls DIE LINKE).

Nachdem die Zulässigkeit der Abstimmung einigermaßen geklärt war, kam es zur inhaltlichen Diskussion. Karen Oehler (Bündnis 90/Grüne) konnte sich nicht richtig vorstellen, was der Bürgermeister dann zu machen habe.

Herr Parys (ex-AfD, jetzt »Die Mitte«) rief im Gegenteil zu noch mehr Waffenlieferungen in die Ukraine auf. Kurt Fischer (SPD) war der Meinung, das Maximale sei schon von der Bundesregierung versucht worden, Tilo Weingardt (AfD) war im Prinzip für diesen Friedensappell, Oskar Dietterle (DIE PARTEI Alternative für Umwelt und Natur) erläuterte historische Ursachen des Konfliktes, als just in dem Moment, als er die Verbrennung von friedlichen Demonstranten im Gewerkschaftshaus von Odessa im Jahre 2014 ansprach, seine Übertragung aus dem Home Office gestört war und anschließend Götz Trieloff (FDP) das Ganze als russische Desinformation abqualifizierte. Es gab noch weitere Wortmeldungen, aber Carsten Zinn (ebenfalls im Home Office), beantragte das Ende der Debatte, dem die meisten folgten und es kam zur Abstimmung: 10 Stadtverordnete stimmten für den Antrag, 11 dagegen, bei mehreren Enthaltungen. Damit kam kein Friedensaufruf aus Eberswalde zustande, den schon 42 Kommunen in Brandenburg und über 800 Städte und Gemeinden in der ganzen Bundesrepublik beschlossen hatten, wie Karen Oehler recherchiert hatte. Als Quintessenz formulierte Sebastian Walter sinngemäß ein Zitat von Erich Maria Remarque an die Gegner des Antrages: »Ich dachte immer, alle seien gegen den Krieg. Bis ich mitbekam, viele sind dafür. Denn sie müssen ja nicht hingehen.«

JÜRGEN GRAMZOW

Brandenburger Landärzteprogramm:

Jetzt noch für Stipendium bewerben!

Eberswalde (prest-ew). Wer Medizin studiert und später gerne in einem Mittelzentrum wie Eberswalde tätig sein will, kann sich jetzt bewerben. Noch bis zum 30. August läuft die Bewerbungsfrist für die Stipendien im Rahmen des Brandenburger Landärzteprogramms, welches das Land Brandenburg zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg aufgelegt hat.

»Auch Eberswalde braucht Fachärztinnen und Fachärzte. Ich möchte daher alle Medizinstudentinnen und -studenten der Region ermuntern, sich für ein Stipendium im Rahmen des Brandenburger Landärzteprogramms zu bewerben«, so Bürgermeister Götz Herrmann.

Mit dem Programm werden Stipendien an Studierende der Humanmedizin gefördert, die sich verpflichten, nach ihrem Studium und ihrer fachärztlichen Weiterbildung für eine Dauer von mindestens fünf Jahren in den geförderten Regionen im Land Brandenburg tätig zu sein. Das Mittelzentrum Eberswalde

gehört zur Förderregion. Die Höhe der Zuwendung beträgt jeweils 1.000 Euro monatlich und kann bis zum Ende des Medizinstudiums, dem Bestehen des Dritten Abschnitts der Ärztlichen Prüfung, jedoch längstens für 75 Monate, gewährt werden.

Einwohnerversammlungen

Ortsteil Finow: Donnerstag, 31. August, um 17 Uhr im Bereich des Baufeldes Messingwerk
Ortsteil Brandenburgisches Viertel: Mittwoch, 20. September, 17 Uhr in der Aula der Grundschule Schwärzensee an der Kyritzer Straße 29
Ortsteil Eberswalde II (Westend, Kupferhammer, Nordend): Donnerstag, 12. Oktober, um 17 Uhr. Der Ort wird zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

Kiezfest »Fête de la Viertel«

Ortsteil Brandenburgisches Viertel: Freitag, den 1. September, 15 bis 21.30 Uhr auf dem Potsdamer Platz.

Droht Versorgungsnotstand in Finow?

Unter den Eberswalder Einwohnern, besonders in Finow und im Brandenburgischen Viertel, schwirren die Gerüchte. Sie beruhend auf der Angst, daß dort bald die wichtigen Nahversorger in den Einkaufszentren (EKZ) »Kleiner Stern« und »Heidewald«, also Kaufland und das schwarze Netto, verschwinden werden.



FOTO: THOMAS GADICKE

Das Einkaufszentrum »Heidewald« wurde im Jahr 1994 eröffnet. Städteplanerisch machte es damals durchaus Sinn, dem kurz vorher in »Brandenburgisches Viertel« umbenannten größten Eberswalder Neubaugebiet ein räumliches Zentrum zu geben. Die ersten beiden Bauabschnitte hatten ein solches im »Specht«, damals Wohngebietsgaststätte und Ort für die Schulspeisung der beiden benachbarten Schulen. Der große Saal wurde auch für Veranstaltungen genutzt.

Ein solches kommunal betriebenes Wohngebietszentrum paßte natürlich nach 1990 nicht mehr in die Zeit. Die Konsum-Gaststätte wurde mit dem Konsum abgewickelt und die Schüler aßen, wenn überhaupt, in den Schulen. So wurde das »Specht«-Gebäude privatisiert und das Areal am späteren Potsdamer Platz an einen privaten Investor vergeben, der hier das EKZ »Heidewald« errichtete.

Die optimistischen Prognosen der damaligen Stadtführung unter dem ein Jahr nach der »Heidewald«-Eröffnung abgewählten Bürgermeister Dr. Hans Mai (SPD), die von einer stark wachsenden Bevölkerungszahl der Stadt ausgingen, erwiesen sich bald als Illusion. Zunächst wurden die bestehenden Kaufhallen, die das genossenschaftlich organisierte Westunternehmen EDEKA von der einstigen DDR-Konsum-Genossenschaft übernommen hatte, aufgegeben. Beide Kaufhallen sind inzwischen abgerissen. Heute funktioniert auch die zentrale Einkaufsmeile im Kiez nicht mehr, obwohl der Nahversorger Netto sein Geschäft durchaus rentabel betreibt. Denn sonst würde Netto wohl kaum gegen den Rauswurf durch den neuen Eigentümer klagen. Aber der hat andere Pläne...

Beide EKZ wurden Anfang der 1990er Jahre gebaut, so daß die Investitionen mittlerweile abgeschrieben sind. Entsprechend verschlissene sind inzwischen Gebäude und Einrichtungen, zumal die Eigentümer in beiden EKZ seit Jahren die nötigen Instandhaltungsarbeiten vernachlässigt haben.

Seitens der Einwohnerschaft ergeben sich daraus Fragen, ob und wie die Stadtverwaltung Eberswalde hier Einfluß nehmen kann. Vorgeschlagen wird beispielsweise, die Eigentümer solcher infrastrukturwichtigen Gebäude zu enteignen oder in anderer Weise dazu zu bringen, nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger zu handeln.

In ihren öffentlichen Äußerungen hält sich die Stadtverwaltung zu diesen Themen sehr zurück. Allerdings werde auch in den nichtöffentlichen Sitzungen, so Aussagen von Insidern, nicht viel mehr gesagt. Das hängt gewiß damit zusammen, daß die Kommune letztlich tatsächlich kaum Möglichkeiten zur Einflußnahme hat. Das große Privateigentum ist in der BRD gesetzlich geschützt. Wenn die Ratshausspitzen beim Wort »Enteignung« die Hände heben, dann liegen die Gründe in der Verfaßtheit der derzeitigen Gesellschaft. Diese Hilflosigkeit ist nicht vorgetäuscht.

Das Modell der sogenannten »sozialen Marktwirtschaft« geht davon aus, daß das funktionierende Privatkapital vorteilhaft für die gesamte Gesellschaft sei. Dumm ist es nur, wenn das Privatkapital nicht mehr nach diesem Ideal funktioniert, was bei solchen Einkaufszentren oder Einkaufs-Malls, wie sie in gutem Dengisch genannt werden, inzwischen bundesweit und darüber hinaus international der Fall ist. In Eberswalde kämpfen beispielsweise auch die »Rathauspassagen« mit Leerstandsproblemen. Sogar die »Bahnhofspassagen« in Bernau – also im fettesten Speckgürtel von Berlin – haben ihre besten Zeiten längst hinter sich.

Bekannt ist, daß die Comer Group, der neben dem EKZ »Kleiner Stern« einst auch das EKZ »Heidewald« gehörte, an beiden Immobilien nach Auslaufen der Abschreibungsfristen kein wirkliches Interesse mehr hatte. Die Gewinne sind gemacht, eingetütet und längst als Profite an die Geldgeber ausgeschüttet. Aufgabe erfüllt. Jetzt wird nur noch als Zusatzprofit abgeschöpft, was irgendwie möglich ist. Die dabei abnehmende Tendenz ist Teil der Kalkulation, solange die Kosten gedeckt werden. Für die Abwicklung – beispielsweise einen gezielten Rückbau oder auch nur für eine ange-

messene Instandhaltung – steht jedenfalls kein Geld zur Verfügung. Inzwischen scheint das Kosten-Nutzen-Verhältnis selbst für eine Aufrechterhaltung des Status Quo nicht mehr auszureichen. Nach dem Verkauf von »Heidewald« soll es daher, wenig überraschend, auch Bestrebungen der Comer Group geben, das EKZ »Kleiner Stern« zu verkaufen.

Während die von Bürgern vorgeschlagene Enteignung voraussetzt, daß es in diesem Land gut dreißig Jahre nach der »Wende« erneut revolutionäre Veränderungen gibt, könnte die Stadt Eberswalde oder eine kommunale Gesellschaft oder vielleicht auch eine Bürgergenossenschaft mit kommunaler Unterstützung das EKZ »Kleiner Stern« der Comer Group auch schlicht abkaufen. Denn »es führt kein Weg am Eigentümer vorbei«, wie jüngst der Wirtschaftsdezernent Prof. Dr. König gesagt haben soll. Da bleibt nur, selber Eigentümer zu werden. Der Kaufwert dürfte angesichts des aktuellen und drohenden Leerstands überschaubar sein.

Die Frage ist dann allerdings – mal abgesehen von der Finanzierung – was man dann mit der Immobilie in bester Ortsteilzentrumslage anfängt. Das Mall-Konzept, beim normalen Einkauf noch als Event-Erlebnis etliche andere Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, funktioniert nicht mehr. Sonst würde die Comer Group locker Anschlußinvestoren auftreiben. Also müßten schon neue Ideen her, um so ein Wohngebietszentrum mit Leben zu erfüllen, wobei letztlich auch ein Nahversorger vorhanden sein sollte, um eben auch die Grundbedürfnisse an Lebensmitteln und sonstigen 1000 kleinen Dingen befriedigen zu können, denn die einstigen Wohngebietskaufhallen sind inzwischen abgerissen worden oder werden anderweitig genutzt.

Die Befriedigung dieser Grundbedürfnisse steht aktuell sowohl in Finow als auch im Brandenburgischen Viertel auf dem Spiel. Es wäre illusionär, hier seitens der Stadtverwaltung Lösungen zu erwarten. Dort gibt es bestenfalls Überlegungen, neue Flächen für rausgeworfene oder alternative Nahversorger zur Verfügung zu stellen, was das Grundproblem der Abhängigkeit von privaten Versorgungsunternehmen, die zur Monopolisierung neigen, bloß verschlimmern würde. Wenn's irgendwann bei denen mit den Profiten nicht mehr so läuft, lassen sie weitere Ruinen zurück. Von der aktuellen Stadtverordnetenversammlung sind sicher ebenfalls kaum entsprechende Innovationen zu erwarten. Bürgerschaftliche Initiativen könnten bestenfalls darauf hoffen, aber vielleicht auch zugleich bewirken, daß zu den Kommunalwahlen 2024 Stadtverordnete gewählt werden, die über den aktuellen verwaltungshörigen Konservatismus der Mehrheit der Eberswalder Volksvertretung hinausgehen.

Digitale Verwaltung

Ein Ausflug in die digitalisierte Verwaltung in einem viele Bürger betreffenden Beispiel sieht 2023 so aus:

Die DEUTSCHE RENTENVERSICHERUNG BUND ist eine allumfassende Groß-Behörde, sie hat von allen Bürgern, die jemals abhängig Beschäftigte oder auch nicht waren, alle relevanten Daten für die späteren Rentenansprüche gesammelt und ist wohl in allen Landkreisen vertreten mit Amtssitz und Rentenberatern. Jeder, der jemals seine Rentenklärung durchführte, kann ein Lied davon singen.

So weit so gut. Hat Mann/Frau die Altersgrenze erreicht, genügt ein einfacher Antrag und man bekommt seine Rente, prima. Aber dann trifft den Rentner das Schicksal: Der Ehepartner stirbt und man braucht eine Witwen-/Witwer-Rente. Einfacher Antrag mit Sterbeurkunde und schon stellt die RV die Höhe der Hinterbliebenenrente fest und schreitet zur Auszahlung – aber doch nicht im Digitalisierungs-Deutschland des Jahres 2023.

Man erwartet, daß nach Antragseingang in der Behörde eine digitale Verbindung zwischen den beiden betroffenen Renten-Konten hergestellt wird und die Neuberechnung erfolgt. Der Hinterbliebene, vielleicht 75+, hat möglicherweise noch nie ein Rentengesetz gelesen und bricht vor den Renten-Terminis fassungslos zusammen. Alles ganz anders!

Diese Groß-Behörde mit eigenem Haushalt und 25.000 Beschäftigten überreicht dem Hinterbliebenen sage und schreibe rund 48 Seiten Formblatt zwecks Ausfüllen am Computer, in denen alles abgefragt wird, was von jedem Versicherten im Laufe seines Arbeits- oder Mutter-Lebens in der Behörde detailliert gesammelt wurde!

Das Ganze ist im digitalisierten Behörden-dschungel eine einzige Lachnummer oder ist es ein Skandal?

100 Milliarden Euro für unsere hochgerüstete Teilhabe, aber nicht mal Geld für ein ordentliches digitales Programm!

BERND C. SCHUHMAN

Zusammenhalt gefördert

Ahrensfelde/Wandlitz (bbp). Mit dem Landesförderprogramm »Zusammenhalt in kleinen Gemeinden und Ortsteilen für eine zukunftsorientierte Regionalentwicklung« werden Projekte aus Gemeinden sowie Ortsteilen unter 10.000 Einwohnern unterstützt.

Davon profitieren im Barnim der Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. mit einer Förderung über 128.520 Euro und die Gemeinde Wandlitz, die 50.400 Euro erhält. Der Feldmark e.V. kann nun eine interaktive Wanderausstellung realisieren. In Wandlitz wird es durch die Förderung möglich, eine mobile Bühne für die neun Ortsteile anzuschaffen.

Wohngeldempfänger in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Im Jahr 2023 traten Veränderungen beim Wohngeld in Kraft. Insbesondere wurden die Einkommensgrenzen angepaßt. Dadurch konnten mehr Menschen als bisher einen Anspruch auf Wohngeld geltend machen. Dies materialisierte sich bei der Eberswalder Wohngeldstelle durch einen sprunghaften Anstieg der zu bearbeitenden Wohngeldanträge. Darüber informierte im Frühjahr der Finanz- und Verwaltungsdezernent Maik Behrendt in der Antwort auf eine Anfrage der Stadtverordneten Irene Kersten (Die Linke) im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen. Inzwischen, so der Dezernent, könne »eine Konsolidierung der Gesamtanzahl der Fälle auf einem hohen Niveau beobachtet« werden.

Zum 1. Januar 2023 gab es in Eberswalde insgesamt 1.158 Wohngeldempfänger. Davon

waren 54 unter dreißig Jahre alt, was einem Anteil von knapp fünf Prozent entspricht. In den folgenden »Alterskohorten« der Dreißiger, Vierziger und Fünfziger nutzen jeweils um die 180 Menschen das Wohngeld. Der Anteil je Altersgruppe an allen Wohngeldempfängern liegt um die 15 bis 16 Prozent. Einen ähnlichen Anteil haben auch Menschen zwischen 70 und 79. Die Altersgruppe zwischen 60 und 69 hebt sich hiervon ab. Die 299 Empfänger von Wohngeld in diesem Alter stellen mehr als ein Viertel aller Wohngeldempfänger.

Von den über 80jährigen beziehen 82 Wohngeld, das sind sieben Prozent der Wohngeldempfänger. Neben den natürlichen Gegebenheiten spielt hier eine Rolle, daß diese Menschen den größten Teil ihres Arbeitslebens in der DDR zubrachten und somit weniger von Armutsrenten betroffen sind.

Wächst wieder zu

Aus dem »glücklichen« und wahrscheinlich ziemlich teuren Wohnen bei der Vonovia-Tochtergesellschaft BUWOG scheint vorerst nichts zu werden. Nun wächst er wieder zu, der gute »Schwärzblick«.



Foto: JÜRGEN GRANZOW

Für ein sicheres Miteinander in Bernau:

Aufklären über E-Scooter

Die Fraktion BVB/Freie Wähler stellte in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung den Antrag, daß die Stadtverwaltung eine Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne zum Thema »Richtiger Umgang mit E-Scootern« umsetzt. Die Kampagne soll während der Bernauer Aktionswoche »Funkeln im Dunkeln« im Herbst 2023 starten.

Im Straßenverkehr müssen alle Verkehrsteilnehmer bei Tag und Nacht gut sichtbar sein. Dies ist vor allem in den dunklen Jahreszeiten von großer Bedeutung für die Sicherheit aller Menschen. Seit einigen Jahren nimmt die Zahl der E-Scooter-Fahrer in Bernau stetig zu. Dabei kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen durch unwissentliches Fehlverhalten von Nutzern.

Das Fahren mit E-Scootern trägt zu weniger Verkehrslärm, weniger Stau und weniger Parkplatzproblemen in Bernau bei. Das ist eine gute Sache. Jedoch kommt es gehäuft zu Gefahrensituationen, und zwar sowohl durch eine unangepasste Fahrweise als auch durch regelwidriges Parken der Scooter auf Gehwegen und Grünflächen. E-Scooter-Fahrer müssen stärker für eine sichere Fahrweise sensibilisiert werden, damit kein Verkehrsteilnehmer gefährdet wird.

Aus diesem Grund fordern wir, daß die Bernauer Stadtverwaltung die Bürger über sichere

und angepaßtes Fahren mit E-Scootern im öffentlichen Straßenverkehr informiert und aufklärt. Beispielsweise, indem die Stadtverwaltung ein Merkblatt mit den wichtigsten Regeln zum Umgang mit E-Scootern sowie Gefahrenpotenzialen erarbeitet und dieses während der Aktionswoche »Funkeln im Dunkeln« im Herbst 2023 an die Bürger verteilt. Auch in den sozialen Medien und lokalen Zeitungen ist eine unterstützende Kampagne durch die Stadt denkbar.

In der jährlichen Aktionswoche »Funkeln im Dunkeln« informiert die Stadt Bernau in Zusammenarbeit mit Kreisverkehrswacht, Polizei und weiteren Behörden die Bürger über die sichere Teilnahme im Straßenverkehr während der Dunkelheit.

Unsere Fraktion hofft auf breite Unterstützung in der Stadtverordnetenversammlung im Sinne eines sicheren Miteinanders aller Bürgerinnen und Bürger in Bernau.

PÉTER VIDA

B-167neu:

Das Lügengebäude zum Einsturz bringen

Finowfurt/Eberswalde (bbp). Die Sommerferien hat die Planungsbehörde des Landes Brandenburg genutzt, um die »geänderten Planunterlagen zum Zwecke der Planfeststellung für den Neubau der Ortsumgehung B 167 Finowfurt/Eberswalde« zwecks Beteiligung der Öffentlichkeit auszulegen.

»Der Auslegungszeitraum, exakt in der Feriensezeit, ist mit Bedacht gewählt«, schätzt JOHANNES MADEJA aus Finowfurt ein, der sich seit vielen Jahren mit der sogenannten »Umgehungsstraße« befaßt (siehe u.a. BBP 3-12/2017). »Durch die Abwesenheit vieler potentieller Einwender, die sich im Urlaub befinden, wird sich die Zahl derjenigen, welche die Unterlagen einsehen und studieren können, zwangsläufig verringern. Das ist gewollt. Einwendungen, nicht gewünscht!«

Einwendungen sind zwar noch bis zum 4. September möglich, seit dem 3. August liegen die Unterlagen jedoch nicht mehr aus.

Auffällig sei, daß es für den Vorhabenträger offenbar unerheblich ist, daß die Gemeinde Schorfheide ihr Einvernehmen mit der Maßnahme (Beschluß vom 19.11.2022) gekündigt

hat. Es spielt für den Vorhabenträger offensichtlich auch keine Rolle, daß die Maßnahme ein Verstoß gegen erklärte Ziele des Bundes – Verkehrswende, Klimaprobleme, Energiewende – ist. Grundlegende Voraussetzungen wie Bedarfsnachweis (fehlt von Anfang an!) und eine korrekte Berechnung eines Nutzen-Kosten-Verhältnisses (NKV) – hier wurde mittels Falschberechnung eine Dringlichkeit vorgetäuscht – werden einfach negiert und ignoriert.

»Wer diese Mängel anprangert, dem wird – entsprechende Erfahrungen liegen vor – fehlende Betroffenheit bescheinigt mit der Folge, daß Einwendungen von 'Nicht-Betroffenen' unter den Tisch fallen.«

Die Bürgerinitiative gegen die B167-neu hatte gerade deshalb dazu aufgerufen, daß eine große Zahl von Einwendern diese grundlegenden Mängel anspricht mit dem Ziel, daß sich die sogenannten »Träger öffentlicher Belange« diese Argumentation zu eigen machen. Es sei wichtig, das Lügengebäude aus Vokabeln wie »Ortsumgehung«, »Entlastung des Binnenverkehrs« und »Fahrzeitverkürzung« (vor-

dringlicher Bedarf!) für angeblich mehr als 12.000 Fahrzeuge pro Tag zum Einsturz zu bringen.

Die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren hätten gezeigt, daß von den »sogenannten etablierten, selbsternannten Volksparteien keine Unterstützung« erwartet werden kann. Deshalb sei es »sehr sehr wichtig, alle persönlichen Kontakte zu Mitgliedern und Mandatsträgern politischer Parteien zu suchen und zu nutzen, einfach weil es in allen Parteien Menschen gibt, die sich ihren gesunden Menschenverstand bewahrt haben und auch bereit sind, in ihren Parteien ihren vernünftigen Standpunkt zu vertreten«. Die Erwartung, immer wieder zu hören und zu lesen, daß dieses Vorhaben letztlich am Geld scheitern werde und daß besondere Aktivitäten deshalb entbehrlich seien, hält Johannes Madeja für grundlegend falsch. Dies taue allenfalls als »Ausrede für eigene Inaktivität«.

Johannes Madeja schließt mit dem Appell an alle, »sich aktiv dafür einzusetzen, daß dieses Vorhaben, das uns allen nur schaden würde, nicht realisiert werden kann«.

Rettet unsere DDR-Garagen

Rechtssicherheit für Garagenpächter herstellen!

Zu DDR-Zeiten bauten sich viele Bernauer Bürger Garagen auf fremden, meist kommunalen Grundstücken. Noch heute gibt es in Bernau etwa 270 dieser Garagen, so etwa in den Wohngebieten an der Sachtelebenstraße, der Eberswalder Straße, im Blumenhag oder auch in Bernau-Süd. Nach DDR-Recht war das möglich. Denn im Gegensatz zum Recht in der Bundesrepublik konnte in der DDR Grundstückseigentum und Gebäudeeigentum getrennt werden. Für die Grundstücksnutzung zahlten die Garagenbesitzer eine jährliche Pacht.

Die Überführung dieser Regelung in Bundesrecht brachte dann aber einige Probleme mit sich. Mit dem Auslaufen einer letzten Frist zum 3. Oktober 2022 verlieren Pächter automatisch das Eigentum an den von ihnen gebauten Garagen, wenn der Pachtvertrag endet. Sprich: Dem Eigentümer des Grundstücks fallen die darauf errichteten Garagen künftig unentgeltlich zu. Die Garagenbesitzer fordern daher Klarheit, wie es mit ihrer Garage nun weitergeht.

Denn es bestehen große rechtliche Unsicherheiten, ob die bisherigen Garagenpächter bei Beendigung des Pachtvertrages für die Garage, die ihnen de facto weggenommen wurde, auch noch den Abriß bezahlen müssen. Im Landtag Brandenburg beantragt die Frakti-

on BVB/Freie Wähler daher eine Bundesratsinitiative zur Änderung der Gesetze. Konkret:

1. Bei Pachtverträgen über Grundstücke, auf die das Schuldrechtsanpassungsgesetz Anwendung findet bzw. fand, ist eine Beteiligung der Pächter an den Abrißkosten nach einer Beendigung des Vertrags auszuschließen.

2. Der Zeitpunkt für eine Bestimmung des vertragsgemäßen Zustandes des Pachtobjekts ist auf den Zeitpunkt des Auslaufens aller Übergangsfristen – konkret den 31.12.2022 – festzulegen.

Hierdurch soll landesweit ausgeschlossen werden, daß sich der Grundstücksbesitzer im Falle eines geplanten Rückbaus der Garage darauf beruft, das Grundstück im unbebauten Zustand zurückfordern zu können. Somit würde eine Beteiligung der Garagenpächter an möglichen Rückbaukosten ausgeschlossen.

Wir wollen Rechts- und Planungssicherheit für Garagenpächter. Den Bürgern sollen im Fall einer Kündigung und Enteignung ihrer Garagen nicht auch noch Tausende Euro an Abrißkosten aufgebürdet werden. Zunächst ist es natürlich richtig und wichtig, daß die Pachtverträge fortgesetzt werden.

PÉTER VIDA

(Siehe: »Garagen sicher bis mindestens 2030«, BBP 5/2023, S. 5. Dort wird informiert, wie die Stadt Eberswalde mit dem Problem umgeht.)

Goldene Zeiten

In der vorigen Ausgabe informierte die Barnimer Bürgerpost über die Gründung des Vereins OPORA in Eberswalde (BBP Sommer/2023, Seite 5). Beim Lesen des Umstands »außerordentliche Professorin« fällt mir auf, daß es für die Lobbyarbeit einer bestimmten Flüchtlingsklientel wohl ein ganz ein neues Modell ist, Professuren ohne Lehrstuhl zu konstruieren. Solche Positionen im Lehramt bekommen viele Doktoranden im Leben nicht, obwohl sie im Fach aktiv sind, im angestammten Metier zur Wissensvermittlung.

Ein Lehrstuhl dürfte dafür wohl nicht eingerichtet werden, aber man weiß ja nie, denn eine solcherart geschmierte Eingliederung würden auch die Schlepperbanden für Flüchtlinge übers Mittelmeer begrüßen.

Insgesamt ist die Verknüpfung von Vereinigungen zum Zwecke der Schaffung eigenen Vorteils ein sehr lehrreiches Thema, mit dem die italienische Mafia seit Jahrhunderten gute Erfahrungen hat. In Italien selbst hat man das »Problem« nach dem Zerfall des Römischen Imperiums schon im frühen Mittelalter durch die Vereinnahmung der Kirche harmonisiert. Durch die wechselnde Postenvergabe der Päpste unter den Clans wurde ein gutgehender Interessensausgleich sichergestellt.

Das waren für die Korruption wirklich noch goldene Zeiten!

Expertentage

EU-Kommissionssitzungen, NATO-Treffen oder G7-Gipfel entwickelten sich in letzter Zeit zu jaulenden Freakshows.

Trotz überbordender Werbetouristik erhalten weltreisende Minister aus der BRD in den Schwellenländern und der Dritten Welt im Versuch, hegemonialen Wertekitt zu verkaufen, eine Abfuhr nach der anderen. Es sieht so aus, als wäre die seit Ende des zweiten Weltkriegs aufgebaute Hegemonie des US-Imperialismus an ihre Grenzen gekommen.

Der mit der Mc-Carthy-Ära in die Welt gesetzten US-Eindämmungspolitik wird durch die neue Zusammenarbeit des globalen Südens nunmehr durchaus sinnfälliger Widerspruch entgegengesetzt. Zu lang hat der Westen zweierlei Maßstäbe in der Behandlung der Welt vorgeführt. Auch die Offenbarung, Grenzen an guten oder bösen Diktatoren festzumachen, zeigt die Heuchelei unserer eigenen Moralvorstellungen. Doch die erste Welt in der Gemeinschaft der G7 bestimmt nicht länger die Spielregeln der Welt. Das Polit-Konsortium hat bei den Treffen der großen 20 keine Mehrheit mehr.

Wenn wir dies hierzulande erkennen und uns, statt die US-Administration zu hofieren, in Europa mit unseren Nachbarn verständigen, werden wir von der multipolaren Konstellation profitieren können. Eine große Erleichterung naht. Und wenn diese Weihe vollbracht ist, werden wir sagen: Mein Gott, war das ein Streß! Zwar wird es noch ein Weilchen fort dauern, daß im EU-Raum die Leyensche Kommissionsdominanz besteht, die sich neuerdings an NATO-Regeln statt OSZE-Statuten orientiert. Aber die Skandale um Postenbesetzungen oder Geldwäsche mehren sich. Auch die Bundespolitik ist Dank aufgesetzter Anti-AfD-Russen-Brille noch auf Einbahnstraße geschaltet. Doch die Strickmuster erinnern sehr an die Durchhalteparolen aus den letzten Tagen der DDR. Auch Generalsekretäre oder Präsidentinnen sind eben nur Menschen, deren Brille zerbrechen kann. Das kennen wir schon.

THOMAS TOBLER

Näheres zur Analyse unter <https://ogy.de/e5a3>, aus einem Interview.

Das Internet-Archiv unserer unabhängigen Leserzeitung finden Sie auf www.barnimer-buergerpost.de

Hilfsgüter kamen in Lwiw an

Ultraschallgerät mit Panketaler Beteiligung in Betrieb

Der jüngste Hilfsgütertransport, organisiert von der Caritas in Berlin, ist am 16. Juni im Sheptytsky-Krankenhaus in Lwiw (Lwow/Lemberg) angekommen. Neben dem Ultraschallgerät, das im Mittelpunkt einer Spendensammlung der vergangenen Monate stand, wurden Arzneimittel, OP-, Pflege- und Therapiematerial im Umfang von einem voll beladenen Transporter an das ukrainische Krankenhaus übergeben.

Das für die ambulante Versorgung breit einsetzbare Ultraschallgerät konnte mit Hilfe von Paul Kirchmair, Technischer Leiter der CARITAS-KLINIK MARIA HEIMSUCHUNG, und Olaf Schüle, Technischer Leiter der CARITAS-KLINIK DOMINIKUS, in Betrieb genommen werden. Die Ärztin und Ordensschwester Svatoslava freute sich über die Verbesserung der Untersu-

chungsmöglichkeiten. Die beiden Technischen Leiter und Miko Masluk-Meller, der zugleich als Sprachmittler fungierte, haben den Lieferwagen mit dem Ultraschallgerät nach Lwiw gesteuert.

»Diese ganz konkrete und wirksame Hilfe kommt direkt vielen Menschen in Lwiw und Umgebung zugute und trägt zu einer besseren medizinischen Versorgung in einer Region bei, die zahlreiche Binnenflüchtlinge beherbergt und auch aktuell immer wieder von Raketenangriffen betroffen ist.« erklärt Niels Templin, Vorsitzender des Vereins. »Hören wir bitte nicht auf, den von Krieg und Leid betroffenen Menschen zu helfen.«

Spendenkonto: Sparkasse Barnim, DE05 1705 2000 0940 0787 83, Stichwort: Ukrainehilfe

MARTIN JEHL und THORSTEN WIRTH

»Das muß man so sagen«

Die ukrainische Gegenoffensive stockt, »das muß man so sagen«, so Julian Röpcke vom »BILD-Lagezentrum« am 7. August*. Insgesamt seien zehn bis elf Dörfer befreit worden, aber bei »ganz geringen Geländegewinnen«. Videoaufnahmen zeigen das Vorgehen ukrainischer

Soldaten zu Fuß entlang ihrer eigenen zerstörten Fahrzeuge im Raum Robotinje im Gebiet Saporoschje. Insgesamt sind in der kurzen Sequenz mindestens sieben zerschossene gepanzerte Truppentransporter und Schützenpanzer zu sehen. Es handelt sich wohl um einen kleinen Aufklärungstrupp, der die sogenannte »Grauzone« erkundet. Röpcke spricht von fünf Kilometern, die die Ukrainer in den zwei Monaten ihrer Offensive vorgedrungen seien. Wortreich umschreibt er, daß es sich beim größten Teil der fünf gewonnenen Kilometer um solche »Grauzonen«, also faktisches Niemandsland handelt, in dem mal die Ukrainer, mal die Russen vorgehen, um sich bald darauf wieder zurückzuziehen. »Von einem Durchbruch und einer Bewegung in Richtung Krim ist man noch Hunderte Kilometer entfernt«, so Röpcke. Grund dafür seien »Minenfelder und die mit Hilfe von Drohnen genau treffende russische Artillerie, wodurch in den vergangenen zwei Monaten Dutzende, wenn nicht Hunderte ukrainische Fahrzeuge zerstört worden sind«.

So viele Wahrheiten – und das auf einem Kanal von Springers BILD – das überrascht dann doch. Was ist da wohl los?

GERD MARKMANN

* youtu.be/dgdxeTzT80



Der brave Soldat Schwejk und die NATO

Schwejk hatte keinerlei böse Hintergedanken in punkto Krieg. Die NATO schon, an der Spitze die verbrecherischen USA und BRD.

Die ostdeutschen Bürger (ehemals DDR) wollen keinen Krieg. Bei den Wessis bin ich mir da nicht so sicher. Nach 1949 saßen die Altnazis mit Rang und Ordenszeichen in hohen Ämtern des Hitler-Nachfolgestaates BRD.

Bestes Beispiel: Gehlen, Leiter des BRD-Geheimdienstes und ehemaliger SS-Standartenführer. Der politische Kampf gegen die verbrecherische BRD-Regierung muß vom Volk ausgehen. Ansonsten sehen wir uns nach dem Krieg um 12 im Mundtshof.

KARL BLÄTTERMANN, Mitglied des Führungsstabes der Neuen Spartakusgruppe

Gerechte Verbrechen

»Sauberer Krieg« mit »legitimer Streumunition«?

Endlich wird der US-ukrainische Krieg gegen Rußland »sauber«. Es sei ihm nicht leicht gefallen, die Belieferung der Ukraine mit Streumunition zu genehmigen, verkündete US-Präsident Biden, um vom Pentagon tröstend hinzufügen zu lassen, daß die US-Streumunition »sauber« als die russische sei, weil die russische Munition vierzig Prozent Blindgänger liefere, während die amerikanische Blindgängerrate bei nur 2,5 Prozent liege und damit wirksamer die russischen Minenfelder »durchdringen« könne! Hier ähnelt der derzeitige US-Präsident schon sehr einem seiner Vorgänger, dem »Revolverman« Reagan, der die UdSSR einst »totrüsten« wollte.

Auch die deutsche Bundesregierung hat »Verständnis« geäußert für den Einsatz der geächteten Munition, genauso wie zuvor für den Einsatz von britischer und US-amerikanischer DU-Munition (Urangeschosse). Ein »gerechtes Verbrechen«, weil es ja aus den USA kommt.

Die *Washington Post* hat Zweifel geäußert, ob dies fünf Tage vor der NATO-Ratstagung in Vilnius der richtige Umgang mit NATO-Partnern ist, die sich dem Verbot dieser Munition angeschlossen haben.

Praktischerweise braucht die Munition nicht über den Ozean zu kommen. Sie kommt aus der BRD, die den Verbotsvertrag unterschrieben hat, aus den dortigen US-amerikanischen Lagern. Wie das, wenn die BRD die Verwendung doch verboten hat? So wird scheinheilige Doppelmoral salonfähig!

Man erinnere sich an den verbrecherischen Krieg der NATO unter Führung der USA gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ohne UN-Mandat, aber mit Beteiligung der Bundeswehr (man erinnere sich an den Juso-Slogan: Habt ihr erst den Scharpink*, kommen eure Söhne heim in Zink). Auch dort wurde von der NATO, wahrscheinlich den USA, DU-Munition eingesetzt, was jetzt in Serbien zu gehäuften Krebserkrankungen führt – wie nach den Golfkriegen schon im Irak.

Im übrigen wurde dieser eigenmächtige NATO-Krieg ohne UN-Mandat gegen die postkommunistische Republik Jugoslawien als Friedenssicherungsaktion geschönt!

BERND C. SCHUHMANN

* - bezieht sich auf den damaligen SPD-Verteidigungsminister Rudolf Scharping und die Zinksärge für die Toten der Auslandseinsätze

Streumunition erfolgreich eingesetzt

Dem deutschen Bundeskanzler stehe es nicht zu, dem US-Präsidenten etwas vorzuschreiben – damit war für Olaf Scholz das Thema der Lieferung der völkerrechtlich geächteten Streumunition durch die USA an die Ukraine erledigt. Die Verbotsverträge zur Streumunition haben weder die USA, noch die Ukraine unterzeichnet. Auch Rußland ist diesem Abrüstungsvertrag nicht beigetreten. Rußland will nach eigenen Aussagen bisher keine Streumunition eingesetzt haben. Ob das stimmt, ist (wie es immer so schön heißt) aus unabhängigen Quellen nicht zu überprüfen.

Durch zahlreiche Videoaufnahmen belegt ist hingegen, daß die Ukraine bis ins Frühjahr 2023 hinein Streumunition aus sowjetischen Altbeständen nicht nur an der Front, sondern auch gegen zivile Siedlungsgebiete der Volksrepubliken Donezk und Lugansk eingesetzt hat. Danach hörte der Einsatz von Streumunition weitgehend auf. Vermutlich waren bis dahin die Altbestände aus Sowjetzeiten verbraucht worden.

Da im Westen in den Munitionslagern kaum noch »normale« Granaten vorhanden sind, griff die USA auf die verbotene Streumunition zurück. Inzwischen gibt es Meldungen über die erfolgreiche Verwendung der West-Streumunition durch die ukrainische Armee. So berichtete am 7. August der Youtube-Kanal

von BILD über einen solchen erfolgreichen Einsatz gegen eine »russische Truppenansammlung« in der Gegend von Artjomowsk (Bahmut). Anhand eines ukrainischen Drohnenvideos beschreibt Julian Röpkcke vom »BILD-Lagezentrum« (dort ist man gaaanz nah dran am Krieg) sehr detailreich einen solchen Angriff mit der verbotenen Streumunition.

Die »Truppenansammlung« bestand aus vier bis fünf russischen Soldaten, die einen verwundeten Kameraden mittels Trage zu einem Sanitätspunkt hinter der Front transportieren wollten. Auf dieses halbe Dutzend Soldaten, die einen Verwundeten transportierten, schoß die ukrainische Artillerie sodann zwei 155-mm-Streugranaten. »So also der Einsatz von Streumunition durch die Ukrainer, mit der man hofft, größere Ansammlungen von russischen Soldaten treffen und, ja auch, töten zu können«, schließt der BILD-Moderator seinen Bericht, ohne auch nur zu erwägen, daß der gezielte Angriff auf einen Verwundetentransport etwa als Kriegsverbrechen gewertet werden könnte.

Über einen weiteren »erfolgreichen« Einsatz von Streumunition durch die ukrainische Armee berichtete am 5. August die deutsch-russische BLOGGERIN ALINA LIPP auf ihrem Telegramkanal. Dabei stand sie vor der Universität für Handel und Wirtschaft im Zentrum von

Banderas Erben

Unter dem Titel »Massaker in Wolhynien und Ostgalizien« wird in der Wikipedia ausführlich an ein Massaker in der Westukraine erinnert. Auch das lokale Heimatblatt (MOZ, 10.07.2023, Seite 4) »erinnerte« mit einer dpa-Meldung an dieses Massaker, jedoch ohne zu erläutern, worum es dabei ging. Es kann ja nicht sein, was nicht sein darf!

1941-1944, während der faschistischen Besetzung, parallel zum Krieg gegen die UdSSR, verübten die ukrainischen Nationalisten (Bandera-Faschisten) unter dem Schutz der deutschen Wehrmacht unmenschliche Genozid-Verbrechen und ermordeten annähernd 100.000 Polen und Juden.

Es mutet merkwürdig an, wenn die Präsidenten Polens und der Ukraine an dieses Ereignis erinnern, ohne klar zu thematisieren, daß es die ukrainischen Faschisten mit deutscher Hilfe waren, die diese Verbrechen begingen. Von einer ukrainischen Entschuldigung für dieses Verbrechen wurde nicht berichtet, gilt doch Bandera in der Ukraine als Held, an dessen Grab der ehemalige ukrainische Botschafter Melnyk in München Kränze niederlegte. Auch dpa unterließ es offenbar geflissentlich, auf den Grund ihrer Meldung einzugehen.

BERND C. SCHUHMANN

Vor 70 Jahren:

Justizmord am Ehepaar Rosenberg

ETHEL und JULIUS ROSENBERG wurden am 19. Juni 1953 in den USA hingerichtet. Sie sind Opfer der Kommunistenjagd in den USA während des Kalten Kriegs.

Es stimmt, daß Julius Rosenberg Dokumente an die Sowjetunion weitergegeben hatte. Aber das Verfahren gegen ihn und seine Ehefrau wegen »Verschwörung zur Spionage« war kein faires Verfahren. Das Urteil – ein politisches Urteil – stand vorher fest. Eine Rehabilitation der Rosenbergs steht noch immer aus. (hl)

Donezk, die kurz zuvor durch ukrainische Streumunition getroffen wurde und daraufhin in Brand geriet. »Es ist also genau das passiert, was sie versprochen haben, nicht zu tun. Streumunition gegen zivile Ziele, gegen Zivilisten, einzusetzen«, so Lipp. Doch »die Leute hier in Donezk, die seit neun Jahren beschossen werden«, hätten gewußt, daß es »in jedem Fall dazu kommen wird. Und leider ist es tatsächlich dazu gekommen.« Insgesamt feuerte die ukrainische Armee allein am 5. August 12 MLRS-Raketen und 188 Geschosse vom Kaliber 152-155 mm, davon 5 mit Streumunition, auf die Republik Donezk. Zwei Zivilisten starben und acht wurden verwundet.

Ganzheitliche Ernährung (30)

Jeder Mensch hat zwei Nieren, deren Hauptaufgabe die Entgiftung des Körpers sowie die Regulierung des Säuregehalts des Blutes und des Flüssigkeitshaushalts ist. Die Nieren filtern aus dem Blut Abbauprodukte des Stoffwechsels sowie andere unbrauchbare Substanzen und Gifte heraus. Ungefähr dreihundertmal am Tag fließt das gesamte Blut des Menschen durch die Nieren. Die Nieren produzieren auch unseren Urin.

Bei gesunden Menschen passiert all dies reibungslos. Allerdings können bestimmte Erkrankungen erheblichen Störungen im Ablauf verursachen. So wird das Nierengewebe etwa durch *Bluthochdruck* oder *Diabetes Typ 2*, aber auch durch *Gifte* oder *Medikamente* derart angegriffen, daß es zu einer Schädigung des Körpers kommen kann, im schlimmsten Fall zum Nierenversagen. Dann sind die Nieren so geschädigt, daß das Blut nicht mehr gründlich genug gereinigt werden kann, bis dahin, daß fast gar keine Blutreinigung mehr stattfindet. Dadurch sammeln sich die Abbauprodukte im Blut des Menschen an und schädigen so den ganzen Körper. Der Arzt kann feststellen, wie weit die Erkrankung fortgeschritten ist.

Es werden fünf Stadien unterschieden. Im ersten Stadium werden ungefähr 120 Milliliter Primärharn pro Minute gebildet. Dies ist der Normalwert. Ab Stadium 2 beginnen die Einschränkungen. So werden in Stadium 2 nur noch 60 bis 89 Milliliter Primärharn gebildet, in Stadium 3 sind es dann nur noch 30 bis 59 Milliliter und in Stadium 4 sind es gar nur noch 15 bis 29 Milliliter. Im fünften Stadium werden unter 15 Milliliter Primärharn pro Minute gebildet und der Patient muß im Normalfall zur Dialyse. Schlimmstenfalls hilft nur noch eine Nierentransplantation.

Bei leichten Beeinträchtigungen werden oftmals keine Anzeichen bemerkt. Meist macht sich die Erkrankung der Nieren, die sogenannte Niereninsuffizienz, erst ab dem vierten Stadium bemerkbar. Anzeichen hierfür sind z.B. häufiger Harndrang und Durst. Da nun der Körper kaum mehr Urin bilden und Wasser ausscheiden kann, überwässert der Körper, wodurch sich Wasser in das Gewebe einlagert und der Blutdruck ansteigt. Oft überlagern die Symptome der Grunderkrankung (Bluthochdruck, Diabetes Typ-2,...) die Nierenprobleme, die deshalb oftmals erst sehr spät festgestellt werden. Ultraschalluntersuchungen können hier präventiv wirken.

Was können Sie für sich tun? Reduzieren Sie auf jeden Fall die Alkoholmenge, da Alkohol ein Gift ist, das die Leber und die Nieren schädigt. Außerdem sollten Sie auf ausreichend Schlaf achten. In dieser Zeit arbeitet unser Immunsystem auf Hochtouren und erneuert alle Organgewebe.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Patientenverfügung sorgt für Sicherheit

Es kann durch eine schwere Erkrankung passieren oder auch durch einen Unfall. Plötzlich ist ein Mensch nicht mehr in der Lage, seinen Willen zu äußern. Da ist es gut, wenn eine eindeutige und rechtssichere Patientenverfügung vorliegt. Das ist bei den Bewohnern im »Haus am Werbellinsee« in Althof oft der Fall, aber leider nicht immer. Dann beginnt die Unsicherheit bei Angehörigen und Pflegepersonal, welche Entscheidungen nun getroffen werden sollen. Daher einige Tips:

Tip 1: Möglichst früh mit der Patientenverfügung beschäftigen

Zugeben, der Gedanke an Krankheit, Verletzlichkeit und Hilflosigkeit ist kein schöner. Daher wird das Thema Patientenverfügung oft auf später verschoben. Dann kann es aber zu spät sein. Es ist ratsam, sich möglichst früh darum zu kümmern. Das kann ruhig schon mit 30 oder 40 Jahren sein. Denn mit einer Patientenverfügung nimmt man den Angehörigen eine Last von den Schultern. Die Sorge, an der Verfügung nichts ändern zu können, ist übrigens unbegründet. Sie kann jederzeit angepaßt werden.

Tip 2: Konkrete Gedanken machen

Eine Patientenverfügung braucht Zeit und viele Gedanken. Denn dieses sensible Dokument soll die Wünsche und Sorgen des Erstellers eindeutig und möglichst konkret darstellen. Allgemeine Aussagen werden unter Umständen von Gerichten nicht anerkannt. So urteilte der Bundesgerichtshof schon 2016: »Die schriftliche Äußerung, 'keine lebenserhaltenden Maßnahmen' zu wünschen, enthält für sich genommen nicht die für eine bindende Patientenverfügung notwendige konkrete Behandlungsentscheidung des Betroffenen«.

Idealerweise benennt die Patientenverfügung möglichst konkrete Zustände wie zum Beispiel eine Krankheit im Endstadium oder Hirnschädigungen und welche Maßnahmen wie künstliche Ernährung, Beatmung oder Schmerzmittel sich der Betroffene in welchem Fall wünscht.

Tip 3: Unterstützung holen bei der Erstellung

Damit das Dokument rechtssicher ist, sollte man sich Unterstützung bei der Erstellung holen. Der Hausarzt ist der richtige Ansprechpartner, wenn bereits Erkrankungen vorliegen. Er kann beraten, welche Symptome oder Folgen möglich sind und worauf sich der Betroffene einstellen sollte. Für die Rechtssicherheit der Patientenverfügung sorgt ein verzierter Rechtsanwalt, dafür übernehmen einige Rechtsschutzversicherungen die Kosten. Aber auch die Verbraucherzentralen beraten zu diesem Thema und halten gute Vorlagen bereit, die individuell angepaßt werden können.

Tip 4: Vertraute einweihen

Eine gute Patientenverfügung sorgt für Sicherheit. Und das nicht nur beim Ersteller, sondern auch bei seinen Angehörigen. Es ist beruhigend, Klarheit zu haben. Daher sollte das Dokument auch kommuniziert werden. So können Bevollmächtigte, Verwandte oder Freunde eingeweiht werden, damit sie im Fall der Fälle Bescheid wissen und gut vorbereitet sind.

Tip 5: Sicherer Ort und Hinweis darauf

Ähnlich wie ein Testament ist auch eine Patientenverfügung ein wichtiges und sensibles Dokument. Es sollte daher an einem sicheren Ort aufbewahrt werden. Idealerweise weiß der Entscheidungsbevollmächtigte, wo sich das Original befindet. Denn er braucht diese Ausfertigung, um handeln zu können. Um unterwegs abgesichert zu sein, kann der Ersteller einen Hinweis auf die Vollmacht in seiner Geldbörse bei sich tragen. Eine Alternative ist es, die Patientenverfügung beim Zentralen Vorsorgeregister der Bundesnotarkammer zu registrieren. Darauf haben behandelnde Ärzte und Betreuungsgerichte Zugriff. So können sie im Ernstfall schnelle Entscheidungen treffen, die dem Willen des Erstellers entsprechen.

ANGELA MATTHES, *Alloheim
Senioren-Residenz »Haus am Werbellinsee«*

Digitaler Familienwegweiser Bernau

Bernau (best). Bernau bietet Familien eine Vielzahl von Angeboten. Doch manchmal ist es gar nicht so einfach, das passende zu finden oder einen Überblick zu erhalten.

Der digitale Familienwegweiser (www.best-bernau.de/wegweiser) mit sozialen Angeboten aus Bernau bündelt diese, wodurch Interessierte einen Überblick über das vielfältige Angebot in Bernau erhalten.

Darüber hinaus erhalten Bernauer Unternehmen sowie Vereine, Initiativen und Selbsthilfegruppen mit diesem Portal die Möglichkeit, online auf sich aufmerksam zu machen. Bisher sind gut 300 Kontaktdaten in dem digi-

talen Familienwegweiser zu finden, die für Bernauer Familien aller Altersgruppen von Interesse sein könnten, wie, Kinder-, Jugend- und Senioreneinrichtungen, Behörden, Freizeit-, Hilfs- und Beratungsangebote.

Interessierte Unternehmen können sich bis zum 15. September bei der BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH mit ihren relevanten Unternehmensdaten (Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Webseite, Angebot, gern auch Logo und Foto) unter kontakt@best-bernau.de melden. Die Veröffentlichung ist kostenfrei.

Asbest im Wald entsorgt

Asbestfasern werden mit der Luft verbreitet und verursachen beim Einatmen schwere Krankheiten wie Asbestose oder Lungenkrebs. Eine ordnungsgemäße Entsorgung ist für Umwelt und Gesundheit absolut notwendig. Doch jedes Jahr sparen sich Kriminelle die anfallenden Kosten und entsorgen illegal Hunderte Tonnen asbesthaltiger Abfälle einfach in Brandenburgs Wäldern.

Betroffen sind vor allem Wälder in der Nähe von Autobahnabfahrten nördlich von Berlin. Egal ob Wanderer, Pilzsucher oder gar Kinder, die sich aus Wellasbest eine Waldhütte bauen: Viele ahnen die unsichtbare Gefahr von Asbestfasern nicht. Deshalb sollten die Behörden derartige Fälle streng verfolgen und entdecktes Asbest schnellstmöglich entsorgen. Doch daran hakt es, wie uns betroffene Bürger mitteilten. Die Landesregierung fühlt sich nicht zuständig und verweist auf die Landkreise, die scheinbar überfordert sind.

Der Landtagsabgeordnete Péter Vida (BVB/FREIE WÄHLER) stellte daher Ende Juni eine parlamentarische Anfrage an die Landesregierung zum Thema. Die Antwort der Landesregierung Ende Juli zeigt deutlich, daß der Eindruck der Bürger korrekt ist: Es wird immer mehr Asbest illegal in Brandenburgs Wäldern entsorgt. Schon 2016 wurden 130 Tonnen gefunden. Fünf Jahre später waren es mit 274 Tonnen schon mehr als doppelt so viel. Für 2022 und 2023 fehlen der Landesregierung noch die Zahlen. Die Aufklärungsquote illegaler Müllentsorgung im Wald beträgt laut Landesregierung erfreuliche 64 Prozent – doch die Zahl hat einen Haken. Denn viele Forstbehörden nehmen Anzeigen nur auf, wenn es Hinweise auf den Verursacher gibt. Mit anderen Worten: Viele nie geklärte Fälle landeten gar nicht erst in der Statistik, was diese künstlich verbessert.

Die Kleine Anfrage bestätigte auch die von Bürgern kritisierten Probleme mit der Entsorgung gemeldeter Funde. So meldete ein Bürger im Sommer 2020 größere Mengen Asbest in einem Wald bei Zühlsdorf (Mühlenbecker Land). Es dauerte fast zwei Jahre, ehe der Landkreis Oberhavel im November 2022 eine Firma mit der Entsorgung der Asbestabfälle



FOTO: PÉTER VIDA

beauftragte. Doch an der gleichen Stelle lag auch im Mai 2023 Asbest. Ob »immer noch« oder »schon wieder« läßt sich nicht sagen – der Kreis hat nämlich nicht geprüft, ob die beauftragte und bezahlte Beräumung Ende 2022 tatsächlich vollständig durchgeführt wurde.

Hierzu Péter Vida: »Die Antwort der Landesregierung zeigt massive Defizite beim Umgang mit illegaler Asbestentsorgung. Für die Fraktion BVB/Freie Wähler ist klar: Das Land darf die Ablagerung von gefährlichem Müll in unseren Wäldern nicht länger hinnehmen. Die Behörden müssen die Müll-Sünder endlich konsequent verfolgen und bestrafen! Und gefährliche Abfälle müssen nach Meldung schnellstmöglich entfernt werden. Es darf nicht Jahre dauern, ehe die Behörden Asbest aus Wäldern entsorgen.«

*Fraktion BVB/Freie Wähler
im Landtag Brandenburg*

Nachhaltige Moornutzung

Eberswalde (hnee/bbp). Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) erprobt und erforscht gemeinsam mit vielen Partnern in den kommenden neun Jahren im Verbundprojekt »WetNetBB - Bewirtschaftung und Biomasseverwertung von nassen Niedermooren: Netz von Modell- und Demonstrationsvorhaben in Moorregionen Brandenburgs« nachhaltige und wirtschaftliche Strategien zur Wiedervernässung und gleichzeitiger Nutzung von Mooren.

Durch jahrzehntelange Trockenlegung ist die Fähigkeit, Wasser in der Landschaft zu

halten, in ehemaligen Moorgebieten stark reduziert. Das im Torf gebundene CO₂ wurde und wird weiter freigesetzt, die Böden verlieren dadurch an Masse und die moortypische Pflanzen- und Tierwelt geht mit der Entwässerung verloren. Eine Anhebung der Wasserstände reduziert diese Prozesse. Im Projekt »WetNetBB« wird daher in vier Gebieten von insgesamt 2.430 Hektar der Wasserstand an das ursprüngliche Niveau angeglichen. Zugleich soll unter diesen veränderten Bedingungen eine nachhaltige und rentable landwirtschaftliche Nutzung möglich sein.

Klimainitiativen vorgestellt (2): Naturwissenschaftlicher Verein Eberswalde e.V.

Der Naturwissenschaftliche Verein mit seinem Vorsitzenden Dr. JÜRGEN MÜLLER kündigt sich seit seiner Gründung im Jahr 2018 um den **Erhalt der meteorologisch-hydrologischen Station auf dem Drachenkopf** in Eberswalde. Dabei geht es um die Bewahrung und Aufarbeitung der Geschichte der Forschung in der 140-jährigen Station, um die Präsentation der Anlage und den Erhalt ihrer Funktionsfähigkeit. Das aktuelle Projekt des Vereins - »Spurensuche« - widmet sich der Klimaerwärmung. Mittels langjähriger Witterungsdaten soll die Erwärmung für den Raum Eberswalde betrachtet und nach regionalen Möglichkeiten zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und der Temperaturerhöhung gesucht werden. Dazu ist die Bildung generationsübergreifender Gruppen geplant, die gemeinsam mit Experten aus verschiedenen Bereichen Teilaspekte des Themas bearbeiten. Der Naturwissenschaftliche Verein erhielt einen von zwei 3. Preisen, der im Rahmen des Barnimer Umweltpreises 2022 von Bündnis 90/Die Grünen vergeben wurde.

THORSTEN KLEINTEICH

Klimakiller Computer

Alle reden beim Klima immer von dem bösen Auto, das aber in den letzten 30 Jahren immer sauberer wurde. Leider wird in keiner Silbe der angepriesene Computer, der seit den 80er Jahren massenhaft Einzug hielt, erwähnt. Dieser hat in den vergangenen dreißig Jahren unser Leben verändert und ist heute nicht mehr wegzudenken.

Aber gerade die Computer, ob als Laptop, als normaler PC, Handy, Tablet oder Internetfernsehen, beeinflussen durch Stromverbrauch und direkte Wärmeentwicklung das Klima massiv negativ. Der Strombedarf der vielen großen Computerzentren, der zig Millionen Internetboxen von Telekom, Fritzbox und Co., der vielen Millionen Switches zur Weiterverteilung der Internetsignale sowie der Millionen existierenden Computer und all der anderen nicht genannten Geräte geht hier in die Gigawatt.

Wenn ich dann Meldungen auf Windowsrechner sehe, die dort lauten »Windows Update ist CO₂-fähig« dann überlege ich, ob ich lachen oder heulen soll.

Allein, wenn man nur die Zeit rechnet, die jede Woche die Updates diverser Programme und der Strombedarf für die Updates beanspruchen, dann erkennt man schnell die Tücken unseres digitalen Zeitalters und die damit verbundene Verschwendung.

GUIDO PENZ | 11

Hommage für einen konsequenten Paßfälscher

Beyond Borders: Adam Shatz über Adolfo Kaminsky (LROB, 16.Feb. 2023) *- Teil I

Im Frühjahr 1944 geriet ein junger Mann an der U-Bahnstation Saint-Germain-des-Prés in eine Kontrolle von Petains Miliz. Seiner Identitätskarte zufolge handelte es sich um Julien Keller, 17 Jahre alt, geboren im Departement Creuse, einen Färber. Die Tasche, die er bei sich trug, enthielt Dutzende von gefälschten Papieren, aber er war sich sicher, daß die Polizei nichts mitbekommen würde. »Im übrigen wußte ich ja, daß meine Papiere in Ordnung waren«, erinnerte er sich Jahre später, »denn schließlich war ich selbst es gewesen, der sie hergestellt hatte.«

»Julien Keller« war der Kampfname von ADOLFO KAMINSKY, der im Januar 2023 im Alter von 97 Jahren in Paris gestorben ist. Ihm war es hauptsächlich zu verdanken, daß das von der deutschen Wehrmacht besetzte Frankreich während des 2. Weltkriegs mit gefälschten Dokumenten überflutet wurde. Die Besatzer waren auf seiner Spur, aber sie hätten niemals geglaubt, daß der Fälscher, den sie suchten, ein Teenager war. (In Wirklichkeit war er achtzehn Jahre alt, aber er hatte sich auf seinem Ausweis ein Jahr jünger gemacht, um Petains Zwangsdienst zu entgehen.)

Geheimer Widerstand in der Generalunion der Juden (UGIF)

Kaminsky arbeitete in einem Büro in der Rue des Saint-Pères, das als Künstleratelier getarnt war. Es gehörte zur geheimen Sechsten Abteilung der Generalunion der Juden in Frankreich (UGIF), einer Organisation, die das Vichy-Regime eingerichtet hatte, finanziert durch konfisziertes Vermögen und Eigentum von Juden. Die UGIF gab vor, eine humanitäre Einrichtung zu sein, diente aber der Organisation der Deportation der jüdischen Bevölkerung. Das Netzwerk der Sechsten Abteilung wiederum unterminierte diese Arbeit der »Mutterorganisation«, leistete Widerstand gegen die Besatzung gemeinsam mit Kommunisten, Zionisten und Unterstützern von Charles de Gaulle. Während des Kriegs bewahrten die Sechser fast zehntausend Juden vor der Deportation...

Kaminskys Gruppe war außergewöhnlich gut darin, gefälschte Papiere in großer Zahl herzustellen... Er hatte ein Verfahren entwickelt, neue Dokumente herzustellen, die, wie er sagte, »so aussahen, wie frisch aus der Nationaldruckerei«.

In seinen Memoiren »Leben eines Fälschers« (Une vie de faussaire, 2009), die er zusammen mit seiner Tochter Sarah verfaßt hat, hat er festgehalten: »Ich fürchtete den technischen Fehler, diesen kleinen Fehler, der mir entgangen sein könnte. Die kleinste Unaufmerksamkeit konnte fatale Folgen haben, denn von

jedem Stück Papier hingen Leben oder Tod eines Menschen ab.« Mit dieser Gründlichkeit betrieb er später seine Fälschungen für algerische, lateinamerikanische oder afrikanische Aufständische, Anti-Apartheid-Aktivistinnen, Widerständler gegen die Diktaturen in Griechenland, Spanien und Portugal.

Ein Sohn russischer Juden mit argentinischer Staatsangehörigkeit im besetzten Frankreich

Hannah Arendt betont, man muß, damit man »das Recht hat, Rechte zu haben«, Teil einer politischen Gemeinschaft sein. Der sicherste Beweis dafür ist der Besitz eines Passes. Kaminsky hatte das schon früh begriffen. Seine Eltern waren russische Juden, die sich 1916 in Paris kennengelernt hatten. Sie wurden ein Jahr später gezwungen, das Land zu verlassen, als die französische Regierung die Ausweisung aller Russen befahl, die im Verdacht standen, Kommunisten zu sein. Kaminskys Vater war zwar kein Kommunist, aber er war Mitglied des »Bund«, einer jüdisch-sozialistischen Organisation.

Salomon und Anna Kaminsky gingen nach Buenos Aires. Sie erhielten dort die argentinische Staatsbürgerschaft. 1925 wurde Adolfo geboren. 1932 konnten sie nach Frankreich zurückzukehren. Sie ließen sich in Vire, einer Stadt in der Normandie nieder, wo Annas Bruder, ein französischer Staatsbürger und Weltkriegsveteran lebte. Ihre Lebensumstände waren prekär und mit 13 Jahren verließ Adolfo die Schule, um in einer Fabrik zu arbeiten. Nach der französischen Niederlage fand er eine Lehrstelle bei einem Chemieingenieur, der ihn als Färber ausbildete.

Sein Weg in den Widerstand

Die vielen Beschränkungen, denen Juden im besetzten Frankreich unterworfen waren, gipfelten 1942 in der Einführung des »gelben Sterns«. Die Kaminskys weigerten sich, ihn zu tragen. Schließlich waren sie Argentinier. Aber Adolfo bekam bald die Willkür des Regimes zu spüren. Jean Bayer, ein jüdischer Arbeitskollege in der Fabrik, war wegen seiner Teilnahme am Widerstand von der Polizei ermordet worden. Wenig später wurde der Leichnam von Adolfs Mutter auf einem Bahndamm gefunden... Die offizielle Erklärung dafür war, sie sei aus dem Zug gefallen, als sie die Waggontür mit der Toilettentür verwechselt habe. Adolfo war überzeugt, daß sie aus dem Zug gestürzt worden war.

Seine Reaktion bestand darin, sich seiner Leidenschaft, der Chemie hinzugeben. Er kaufte sich seinen ersten Chemiekasten beim Apotheker, Monsieur Brancourt, der sein

Mentor wurde. Brancourt arbeitete für de Gaulles Zwölftes Büro und hatte Kontakte zur Résistance, die Sabotageakte gegen deutsche Militärkonvois in der Normandie ausführte. Weil er spürte, daß Adolfo sich nicht damit zufriedengab, »über meine Toten zu weinen, ohne irgendetwas zu tun«, fragte er ihn, »ob er bereit wäre, ein paar Dinge zu tun, die etwas gefährlicher wären als die Herstellung von Seifenstücken«. Bald stellte Adolfo Sprengkörper her und unterstützte die örtliche Widerstandsgruppe. Obwohl er sich als Pazifist betrachtete, verschaffte es ihm Befriedigung, etwas gegen die Besatzung zu unternehmen. »Zum ersten Mal fühlte ich mich nicht mehr völlig hilflos, wegen des Todes meiner Mutter und meines Freundes. Ich hatte immerhin das Gefühl, sie zu rächen.«

Im Oktober 1943 erreichte die Judenverfolgung auch Vire. Salomon Kaminsky und seine vier Kinder wurden zusammen mit den wenigen Juden, die noch in der Stadt lebten, ... nach Drancy in der Nähe von Paris gebracht. Im Januar 1944 wurden die Kaminskys, die argentinische Staatsbürger waren, aus dem Gefängnis entlassen... In Paris fand er Kontakt zur Résistance. Man war nicht so sehr an Adolfs Sprengstoffkenntnissen interessiert, sondern mehr an seinen Erfahrungen mit Farbstoffen. Die Résistance brauchte Papiere, damit britische Soldaten, die sich mit dem Fallschirm gerettet hatten oder Juden, die von der Deportation bedroht waren, die Grenze passieren konnten. Kaminsky erwies sich als einfallreich und sehr effizient. Er lernte, wie man Ausweise, Heirats- und Taufscheine und Lebensmittelmärkte fälschte... Seine Werkstatt in der Rue des Saints-Pères erreichte bis zu fünfhundert Anfragen pro Woche aus Paris, der südlichen Zone oder aus London... Während des Kriegs wurde mehrere seiner Kollegen von der Gestapo ermordet...

Aber das Wichtigste für ihn war, daß er durch die Anwendung seiner Kenntnisse der Chemie und des Färbens Leben retten konnte. Paßfälschung war nicht nur eine Kunstfertigkeit, die er perfektioniert hatte, sondern eine Mission von ethischem Gewicht. Als ihn in der Nachkriegszeit seine Vorgesetzten im französischen Geheimdienst baten, sich am Indochinakrieg zur Aufrechterhaltung der französischen Herrschaft zu beteiligen, quittierte er den Dienst. »Den Begriff gab es damals noch nicht, aber ich war zutiefst anti-kolonial eingestellt.« Kaminsky arbeitete danach eine Zeitlang als Fotograf.

* die Zwischenüberschriften sind vom Übersetzer HARTMUT LINDNER eingefügt, der Text wurde gekürzt. Adam Shatz ist der Herausgeber des LROB für die USA. Teil II folgt in BBP 9/2023.

SPD Finow nominierte Landtagskandidat

Finow (bbp). Nachdem der SPD-Landtagsabgeordnete HARDY LUX ankündigte, im nächsten Jahr nicht für eine weitere Wahlperiode zur Verfügung zu stehen, haben die Finower Sozialdemokraten in ihrer Ortsvereinsitzung am 28. Juni einstimmig den 23-jährigen Eberswalder KURT FISCHER für die SPD-Kandidatur zur Landtagswahl 2024 im Wahlkreis 13 nominiert. Fischer ist Vorsitzender der Barnimer Sozialdemokraten und rückte in diesem Jahr in die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung nach.

Der Vorsitzende der Finower SPD RINGO WRASE dankte dem derzeitigen Landtagsabgeordneten Hardy Lux »für seine wichtige Arbeit in den vergangenen Jahren im Landtag Brandenburg sowie für seine jahrzehntelange politische Tätigkeit für unsere Stadt«. Nachdem Lux erklärt hatte, daß er nicht erneut als Landtagskandidat zur Verfügung steht, »war es uns als SPD Finow wichtig«, so Wrase, »frühzeitig Klarheit bei der Kandidatenfrage zu schaffen«. Nach seiner »sehr überzeugenden Vorstellung bei uns im Ortsverein« sind die Finower Sozialdemokraten davon überzeugt, mit Kurt Fischer als Landtagskandidaten erneut das Direktmandat für die SPD gewinnen zu können. »Hardys Arbeit ist eine gute Grundlage, auf die Kurt Fischer mit neuem Schwung aufbauen kann – Jugend voran!«

Der Nominierte meinte, Hardy Lux hinterlasse »große Fußstapfen«. Er sei »voll und ganz motiviert, alles an Leidenschaft, Überzeugungskraft, Anstrengung und Zeit in meine Kandidatur zu legen, um diese erfolgreich auszufüllen.

Als gebürtiger Eberswalder kenne ich den Wahlkreis, unsere Stadt und die Menschen vor Ort sehr gut. Und als überzeugter Sozialdemokrat, Vorsitzender der SPD Barnim, Stadtverordneter in Eberswalde und mit fünf Jahren Berufserfahrung in der Bundespolitik, weiß ich, wie man ordentliche Politik organisiert und richtig starken Wahlkampf führt. Das Superwahljahr 2024 wird für uns Sozialdemokraten im Barnim eine sehr große Herausforderung, aber ich bin überzeugt: Wenn wir geschlossen und entschlossen als Team gemeinsam in die Wahlen gehen, werden wir überzeugen und gewinnen. Ich bin überzeugt: Auch in schwerem politischem Fahrwasser müssen wir als SPD die Partei des Optimismus und der Zuversicht sein. Denn nur mit verlässlicher, bodenständiger und vor allem praktischer Politik, die sich nach vorne richtet, gewinnen wir Vertrauen. Mit großem Respekt vor der Aufgabe und der damit einhergehenden Verantwortung freue ich mich auf den anstehenden Weg.«



FOTO: SPD BARNIM

Seit Januar 2021 kamen durch Neueintritte und Zuzüge 62 neue Mitglieder zur SPD Barnim. Zehn von ihnen kamen am 21. Juli zu einem Neumitgliedertreffen ins Eberswalder Wald-Solar-Heim. Die SPD Barnim hat 293 Mitglieder.

Der Landtagswahlkreis 13 (Barnim I) umfaßt die Stadt Eberswalde, die Gemeinde Schorfheide und das Amt Joachimsthal (Schorfheide) im Landkreis Barnim. Die SPD Barnim hat im Wahlkreis die drei Ortsvereine Eberswalde, Finow und Joachimsthal-Schorfheide. Die Aufstellungsverammlung für den SPD-Wahlkreiskandidaten wird voraussichtlich am 12. Oktober in Joachimsthal stattfinden. Bei der Landtagswahl 2019 gewann der SPD-Kandidat Hardy Lux das Direktmandat ganz knapp vor dem Kandidaten der AfD.

Bildungsausflug

Eine brandenburgische Sehenswürdigkeit ist fraglos der RITTER KAHLBUTZ in Kampehl-Neustadt/Dosse, der zwecks Durchsetzung des »Rechts der ersten Nacht« den Bräutigam seiner leibeigenen Magd erschlug. Vor Gericht wurde er freigesprochen, indem er einen »Reinigungseid« mit Gottesanrufung beschwor: Er solle nach seinem Tod nicht verwesen!

Nach 313 Jahren wurde der Sarg geöffnet und man fand den unverwesten Ritter und stellte ihn seitdem immer wieder aus. Zu Napoleons Zeiten wurde er manchmal auch in Uniform als Wache in ein Schilderhäuschen (das sind die Hütten, die bei der Bundeswehr vor der Kaserne stehen) gestellt.

Denkt man über den Ausstellungsritter und sein späteres Schicksal nach, dann ist klar, warum im Bundestag acht Minister und der Kanzler bei der Eidesleistung standhaft den Gottesbezug vermieden. Man stelle sich vor, was sonst in 300 Jahren passieren könnte!

BERND C. SCHUHMANN

Widerspruch gegen Vereinnahmungsversuche

Lateinamerika gibt sich im CELAC-Format selbstbewußt

Der Weltfriedensrat hat am 17. Juli in einer Stellungnahme die durch die USA und deren Partner unablässig betriebene Einflußnahme auf das Selbstbestimmungsrecht von Kuba verurteilt und weist explizit eine im Kontext neuerlich abgegebene EU-Resolution zurück.

Mit ihrer Resolution mischt sich die EU ohne jegliche moralische oder rechtliche Autorität in die inneren Angelegenheiten Kubas ein. Das Europäische Parlament hat weder das Recht noch die Befugnis, die wie auch immer geartete »Einhaltung der Menschenrechte« in Kuba zu beurteilen und zu prüfen.

In der Stellungnahme des Weltfriedensrats bleibt selbst die rechtswidrige Besetzung des kubanischen Guantanamo und dessen anhaltender Mißbrauch nicht unerwähnt. Das Europäische Parlament toleriert jedoch blindlings die

illegale Besetzung des souveränen Territoriums Kubas in seiner Provinz Guantanamo, wo die USA ihren Marinesstützpunkt haben und ein Konzentrationslager betreiben. Eine derart vernichtende Entlarvung imperialer Bestrebungen auf offenem Parkett ist diesbezüglich bislang einmalig.

Doch dies ist nicht alles. Solch eine Resolution abzugeben, während man mit dessen Adressaten an einem Tisch sitzt, ist schon sehr geschmacklich und zeigt, worum es der EU-Führung mit den Bestrebungen, die Handelsbeziehungen mit Lateinamerika zu verbessern, in Wirklichkeit geht. Gemeint ist das mit der überwiegenden Anzahl der lateinamerikanischen Staaten bis zum 18. Juli in Brüssel verhandelte Wirtschaftsformat CELAC. Bei diesem verbissen sich in mehreren dezidierten Anläufen die EU-

Vertreter bis zum letzten Moment an dem Versuch, der CELAC eine Verurteilung Russlands aufzunötigen. Dabei nahmen sie neue Spannungen mit den Staaten Lateinamerikas wissend in Kauf, die sie doch eigentlich in Sachen Rohstoffe umwerben wollten. Warum dieses unsägliche Schauspiel?

Weil es eines gibt, das für die EU und deren Mitgliedstaaten NOCH wichtiger ist: Die globale Dominanz des Westens.

Doch Lateinamerikas Vertreter meinten es mit ihrem Widerstand gegen Zumutungen aus Europa ernst und ließen Frau von der Leyen mit sämtlichen Textvorlagen der gemeinen Art für das Abschlusdokument abblitzen. Es wird nicht mehr gekuscht, sondern widersprochen. Der Aufstand hat begonnen.

THOMAS TOBLER

(Quellen: ogy.de/uqzm, .../lmgw, .../7k92) | 13

TAZLERIN: Es ist wirklich verwunderlich, daß der Aufenthaltsort von Prigoschin nach dem Scheitern seines großangekündigten Marschs auf Moskau und dem von Lukaschenko vermittelten Deal mit Putin völlig unbekannt ist. Da ist doch etwas faul. Wenn sich Putin und Prigoschin geeinigt hätten, dann hätten sie doch ein Interesse, daß man das glaubt. Das Abtauchen Prigoschins ist doch Anlaß zu allerlei Spekulationen. Daran kann doch keiner der beiden ein Interesse haben?

SCHWEYK: Ja, Spekulieren, das ist jetzt en vogue. Das ist mal wieder die Stunde der »Experten« – in den 60er Jahren nannte man diese Leute, die mit ihren Spekulationen gut verdienten, Kreml-Astrologen. Jetzt haben sie wieder Konjunktur. Vor allem in der Qualitätspresse, wozu man die TAZ getrost zählen kann, seit sie nicht mehr das Schmutzkind am Zeitungsstander ist, wie seinerzeit, als die Sätzer* noch ihre ätzenden Kommentare in die Texte der Redakteure reingedrückt und mit der Stilllegung der Zeitung gedroht haben, falls ein Redakteur auf seinem uneingeschränkten Urheberrecht beharren würde.

Ja, jetzt könnte so ein Sätzerkommentar uns vielleicht weiterhelfen. Belastbare Informationen über Prigoschins Verbleib haben Sie also in der TAZ nicht? Na, dann können's auch nix schreiben! Schlecht fürs Geschäft.

Wir wissen nur, daß Prigoschin seit vier Tagen verschwunden ist. Angeblich soll er in Weißrußland sein, aber gesehen hat ihn keiner.

Ich weiß auch nicht, wo er sich zur Zeit aufhält, mag sein, er ist in Minsk oder wieder in Rostow, wer weiß. Ich kann Ihnen aber sagen, wo er zwei Tage nach der Bekanntgabe des Deals mit Putin war: in einer hessischen Justizvollzugsanstalt.

In einer hessischen JVA? – Da gehörte er ja hin, es gibt sicher gegen ihn einen Haftbefehl wegen der Kriegsverbrechen seiner Wagnertruppe. Aber das BKA hat seine Verhaftung noch nicht bekannt gegeben. Vielleicht verhören sie ihn noch?

www.barnimer-buergerpost.de

Tag der Vereine in Bernau

Am 27. August findet der 12. Tag der Vereine im Bernauer Stadtpark statt. Der Vereinstag bietet Besuchenden die Möglichkeit, informativ und interaktiv die große Vielfalt der ortsansässigen Vereine kennen zu lernen. Die »Barnimer Bürgerpost« will diesmal als Verein Präsenz zeigen. Wir bieten neue und ältere Ausgaben sowie andere Druckwerke unserer Leserzeitung zum Verkauf und werden natürlich auch unseren neuen Flyer an die Leute bringen. Wir sehen uns!

Schweyk lüftet das Geheimnis

Prigoschins Aufenthalt nach dem Deal mit Putin

Nein, nein, es ging nicht ums Einsitzen, sondern um einen Besuch bei einem prominenten Inhaftierten, für den sich Prigoschin interessiert. Sie erinnern sich doch sicher an den Franco A., unseren wackeren Oberleutnant und syrischen Asylsuchenden Benjamin. Ich mach es kurz. Ehemalige Soldaten haben zur Zeit Hochkonjunktur. Sie sind gefragt, Söldnertruppen gibt es überall, nicht nur in Rußland, sondern auch in der Ukraine, in Nahost und in Lateinamerika, eigentlich weltweit.

Und da ist Prigoschin eben an ihn herangetreten und hat ihn gefragt, ob er nicht in seine Dienste treten möchte, jetzt, wo er doch jüngst aus der Bundeswehr als Straftäter ausgestoßen worden ist.

Seine vorzeitige Freilassung wäre sicher kein Problem, sofern er die russische Staatsangehörigkeit annähme und die Russen beantragen würden, daß er seine Resthaftzeit in einem russischen Gefängnis verbüßen könnte. Statt in Rußland einzusitzen, könnte er dann bei der Wagnertruppe aufsitzen. Ist das kein Angebot?

Prigoschin war nicht der einzige und auch nicht der erste, der sich für unseren wackeren Franco interessiert hat. Der erste war Eric Price, der Chef von Black Waters United, der bei ihm angefragt hat. Aber der Franco ließ ihn abblitzen: Er möchte nicht bei einer Firma arbeiten, die in völkerrechtswidrige Kriege, die mit einem erschlichenen Mandat der Vereinten Nationen scheinlegitimiert wurden, verstrickt war. Den Prigoschin hat er aber, als der ihn besuchen wollte, empfangen und auch einen Kontrakt unterschrieben.

Prigoschin hat ihn mit dem Einsatz in Afrika gelockt und ihm angeboten, das Erbe des Kongomüller anzutreten. Die Wagner-Truppe führt den Totenkopf in ihrem Emblem und auf ihrer Flagge. In den sechziger Jahren nutzte der Kongomüller die abgeschlagenen Köpfe seiner Opfer gerne als Ständer an seinen Fahrzeugen. Das ist dem Franco bekannt, der Mann ist ja auf die Zeitgeschichte abonniert. Ihnen ist der Kongomüller wahrscheinlich kein Begriff mehr, Sie sind da einfach zu jung. Kurz, er hat unterschrieben.

Und was soll ich Ihnen sagen, kaum geht Prigoschin, da nimmt ihm doch Selensky, der gerade von einem Nato- oder EU-Gipfel kam – ich weiß es auch nicht mehr, da jagt inzwischen eine Konferenz die andere, daß man leicht den Überblick verliert – kurz, der Prigoschin gibt dem Selensky die Klinke zu Francos Zelle in die Hand.

Der wundert sich über diese Begegnung und redet dem Franco gleich ins Gewissen, er dürfe sich auf keinen Fall von Prigoschin an-

werben lassen, die ukrainische Armee sei sehr an ihm interessiert, nicht nur an ihm, sondern auch an seinen Kameraden, seinem Netzwerk insgesamt. Er könne auch die abgezweigten Waffen und die gebunkerte Munition mitbringen. Im übrigen sei er doch an Nato-Waffen ausgebildet und nicht an dem sowjetischen Zeug, mit dem die Wagnerleute immer noch hantieren. Also es gelte jetzt, den Freiheitskampf der Ukrainer zu unterstützen.

Da erklärte Franco, daß er das ukrainische Angebot sehr attraktiv finde, ja, es sei wirklich besser, aber Selensky käme leider zu spät, er habe bereits bei Prigoschin unterschrieben, der sich beim Bundesanwalt für seine vorzeitige, also unmittelbare Haftentlassung einsetzen werde. Da insistierte Selensky: »Franco, Sie müssen aus diesem mörderischen Vertrag aussteigen, Sie müssen ihn kündigen!« Darauf erwiderte der, das könne er nicht, legte den Vertragstext auf den Tisch und verwies auf die Klausel 13a, in der festgelegt war, daß bei Nichterfüllung des Vertrags oder Rücktritt eine Vertragsstrafe von 60.000 Euro fällig sei. Das Geld habe er nicht, ganz im Gegenteil, er sei hochverschuldet wegen der Gerichtskosten und wegen der Rückforderung seiner unrechtmäßigen Bezüge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und so weiter.

Da sagte Selensky, daß das kein Problem sei, er sei bereit, Prigoschin diese Ablöse zu zahlen. Das sei wirklich kein Problem. Geld habe die Ukraine genügend, dank der Unterstützung aus dem Westen, nur mit dem Ankauf von Waffen und Munition hapere es. Deshalb sollten die Kameraden auch die gebunkerten Sachen mitbringen.

Woher ich das weiß? Aber Gnädigste, Sie wissen doch, Quellenschutz ist das A und O jeder Informationsbeschaffung. Na schön, ich sage Ihnen, das AGA hat mir einen Mitschnitt aus der Briefzensurabteilung der JVA zukommen lassen. Da haben die Herren über einen Brief Francos an seine Frau diskutiert und geprüft, ob man ihn ungeschwärzt zur Post geben kann. Na schön, die Namen der Protagonisten wurden geschwärzt, aber die Tatsache, daß diese Gespräche stattgefunden haben, könnten Sie schon von der Frau erfahren, wenn diese nicht alle Pressekontakte abgebrochen hätte. Die Berichterstattung über ihren Ehemann war nicht immer sehr freundlich.

Küß die Hand!

HARTMUT LINDNER verbürgt sich für die Authentizität der Gesprächsmitschrift

*Sätzer, unorthodoxe Schreibung für Setzer, die die Texte der Redakteure in die Fotosatzmaschinen eingaben und deshalb auch die Texte mit Bemerkungen in Klammern kommentieren konnten.

Laufen für'n Appel und 'n Ei

26. Regionalparklauf im Lenné-Park Blumberg



FOTO: DAVID SUMNER

Auch in diesem Jahr lädt der REGIONALPARK BARNIMER FELDMARK E.V. wieder zu seinem traditionellen Lauf ein. Am 9. September findet das Event zum 26. Mal im Lenné-Park Blumberg in der Gemeinde Ahrensfelde statt. Sportler jeden Alters können sich ab 10 Uhr nach dem Motto »Laufen für'n Appel und 'n Ei« selbiges verdienen. Es gibt unterschiedliche Streckenführungen: von 1,5 Kilometern Parkmeile innerhalb des Parks bis hin zu 13 Kilometern durch den Park und zusätzlich durch die angrenzende Feldmark.

»Diese Sportveranstaltung zeigt, auf welcher vielseitigen Art der Landschaftspark genutzt werden kann und gibt Einblicke in die Arbeit unseres Regionalparkvereins, der sich mit vielen anderen Akteuren um den Erhalt des Parks kümmert«, weiß der Vorstandsvorsitzende Torsten Jeran. Hätte Graf Friedrich Ludwig von Arnim gewußt, daß sein 1836 erworbenes Anwesen den Menschen im Jahr 2023 noch so viel Erholung, Bewegung und Freude bietet,

wäre er sicher stolz gewesen. Oder hätte sich sogar selbst zum Regionalparklauf angemeldet. Dies ist für interessierte Teilnehmende unter www.regionalpark-barnimerfeldmark.de/veranstaltungen/ möglich. Die Ergebnisse des Laufs werden nicht nur vor Ort, sondern auch im Zuge des Barnimer Sparkassenlauf-Cups gewertet. Die Laufgebühren sind am Veranstaltungstag vor Ort zu entrichten. Für das leibliche Wohl wird gesorgt.

»Gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Umwandlungen von Ackerflächen in Gewerbeparks oder Solarfelder möchten wir neben unserem Sportevent zeigen, wie wertvoll Grün- und Freiräume wie der Lenné-Park für das Berliner Umland sind. Wir setzen uns seit Jahren für den Erhalt des ehemaligen Schloßparks ein, der ein Aushängeschild der Barnimer Feldmark ist«, begründet Torsten Jeran, warum der Regionalparklauf jährlich an diesem Ort stattfindet.

SABINE BÜTTNER

Kino in Joachimsthal:

The Ordinaries – fiktiver Klassenkampf

Am Freitag, dem 25. August, um 19.30 Uhr zeigt der Verein KULTURHAUS HEIDEKRUG 2.0 E.V. in Joachimsthal (Brunoldstr. 1, www.heidekrug.org) den Spielfilm THE ORDINARIES, ein innovatives Drama von Sophie Linnenbaum, das in einer fiktiven, in drei Klassen geteilten Film-Welt spielt.

In einer fabelhaften Welt, streng unterteilt in Haupt-, Nebenfiguren und Outtakes, steht Paula vor der wichtigsten Prüfung ihres Lebens: sie muß beweisen, daß sie das Zeug zur Hauptfigur hat. Paula will ein glamouröses Leben mit einer eigenen Storyline, aufregenden Szenen und voller Musik – nicht wie ihre Mutter, die als Nebenfigur im Hintergrund arbeitet. Sie ist Klassenbeste im Klippenhängen, beherrscht Zeitlupe und panisches Schreien

im Schlaf – nur das Erzeugen emotionaler Musik will ihr einfach nicht gelingen. Auf der Suche nach einer Lösung, stößt sie auf Ungeheimheiten zum Tod ihres Vaters, einer heldenhaften Hauptfigur. Ihre Nachforschungen führen sie zu den verachteten, unterdrückten Outtakes, Menschen mit Filmfehlern, am Rande der Gesellschaft. Doch anstatt auf gefährliche Rebellen, trifft sie dort auf gebrochene Figuren mit echten Emotionen, die in einer ungerechten Welt versuchen zu überleben. Paula beginnt zu zweifeln – an sich, an ihrem Platz in der Geschichte und an denen, die diese erzählen.

Der Eintritt kostet 6 Euro. Eine Reservierung ist nicht erforderlich.

RUTH BUTTERFIELD

BBP-Bücherkiste

Die zweite Ausgabe unserer Bücherkiste enthält sechs weitere Angebote aus dem Bücherschrank von Norbert Glaske. Interessenten wenden bitte an die Redaktion (Kontakt siehe Impressum auf Seite 16). Ausgeliefert wird einmal im Monat, immer zusammen mit der jeweils aktuellen Bürgerpostausgabe.

• **Egon Krenz: Gefängnis-Notizen**, edition ost Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2009, Spende

Egon Krenz, einst Staatsoberhaupt der DDR, wurde 1997 wegen Totschlags und Mitverantwortung für das Grenzregime der DDR zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt. Noch im Gerichtssaal nahm man ihn fest. Nach knapp drei Wochen kam er zunächst wieder frei. Seine Beschwerden gegen das Urteil wurden jedoch sowohl vom Bundesverfassungsgericht als auch vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zurückgewiesen. Kurz nach der Jahrtausendwende wurde er schließlich für vier Jahre inhaftiert.

Egon Krenz führte Tagebuch in Moabit, Hackenfelde und Plötzensee. Fünfzehn Jahre nach Honeckers »Moabiter Notizen« legt dessen Nachfolger nun seine »Gefängnis-Notizen« vor. Der Fall Krenz ist ein Beispiel dafür, wie die Abrechnung mit der Vergangenheit ausschaut und warum die Aufklärung noch immer scheitert.

• **M.I. Burzew: Einsichten**, Militärverlag der DDR, Berlin 1981, Spende

Im Juni 1939 wurde Michael Iwanowitsch Burzew, Lehrer an einer Militärakademie, mit anderen Politarbeitern an den Chalkin-Gol geschickt. Japanische Truppen haben die Grenze zur befreunden Mongolischen Volksrepublik überschritten. Burzew und seine Genossen sollen als Propagandisten die Kampffähigkeit der eigenen Truppen erhöhen und gleichzeitig die Moral und damit die Kampfkraft des Gegners untergraben....

• **Schiffner/Dohmen/Friedrich: Torpedobewaffnung**, DDR-Militärverlag Berlin 1987, Spende

• **Atlas zur Geschichte, Band 1**, Von den Anfängen der menschlichen Gesellschaft bis zum Vorabend der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917, VEB Hermann Haack, Geographisch-Kartographische Anstalt Gotha/Leipzig 1973, Spende

• **Harz Regionalführer**, ADAC Tourset, Spende

• **Claudia Gründig: Sachsen. Früher und heute**, Komet Verlag Köln, Spende

Rentensprechstunde

Eberswalde, Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 13.9., 10-12 Uhr.

Biesenthal, Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 13.9., 13-15 Uhr.

Bernau, Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 20.9., 10-15 Uhr.

Nur mit Anmeldung unter 03338/8463.

4. Eberswalder Tomatenfestival

Am 27. August 2023 findet auf dem Gewächshausgelände des Forstbotanischen Gartens der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in der Zeit von 10 – 17 Uhr nun schon zum 4. Mal das Eberswalder Tomatenfestival statt. Die Initiatorin des Tomatenfestivals, Regine Henschel – »Karierte Tomate« – wird auch in diesem Jahr wieder gemeinsam mit Tomaten- und Gemüseakteuren aus dem Land Brandenburg ihr vielseitiges Tomatensortiment vorstellen.

Hobby- und Profigärtner werden insgesamt circa 400 bis 500 verschiedene Tomatensorten zur Schau stellen. Besucher können Tomaten und Tomatenprodukte verkosten und sich dabei ausführlich zu dieser vielseitigen Frucht informieren. Einige Tomatenliebhaber werden Samen für verschiedene Tomatensorten und auch Tomaten zum Verkauf anbieten.

Alle interessierten Tomatenliebhaber können auch Früchte oder Saatgut in kleinen Mengen mitbringen und an der »Tauschbörse« anbieten bzw. sich dazu austauschen.

Darüber hinaus sollen Paprika, Kürbis und Melonen sowie Kräuter in einem breiten Spektrum und großer Sortenvielfalt vorgestellt werden.

Für das leibliche Wohl sorgen regionale Anbieter. Kinder können sich auf der Slackline ausprobieren, mit Pigmentfarben malen, an einem Workshop teilnehmen oder mit Riesenblasenblasen spielen.

Musikalisch wird das Festival in diesem Jahr durch Vera Thaxton (Gitarre und Gesang) sowie Oliver Brauner (Saxophon), Eugen Fraenger (Gitarre) und Volkmar Gutsche (Keyboard) gestaltet.

Der Termin in Kürze:

4. Eberswalder Tomatenfestival
Wann: Sonntag, 27. August, 10 – 17 Uhr
Wo: Gewächshausgelände Forstbotanischer Garten, Am Zainhammer 5, 16225 Eberswalde
Eintritt: auf Spendenbasis (1 – 2 Euro)
Kontakt: Forstbotanischer.Garten@hnee.de oder info@waldwelten.de, Tel.: 03334 657 476 oder 657 299

VERONIKA BRODMANN

Jazz 'n' Goods in Panketal

Der deutsche »George Benson« (Süddeutsche Zeitung) TORSTEN GOODS kommt zu einem intimen Konzert nach Panketal. Der Ausnahmegitarist und Sänger veröffentlicht am 8. September sein lang erwartetes siebtes Studioalbum »Soul Searching«. Damit kehrt Goods nach langer Schaffenspause und Krankheit mit neuer Kraft und frischem Spirit auf die Bühne zurück. Am 10. September, 18 Uhr, wird Goods zusammen mit seinem Musikkollegen PETER INAGAWA im Atrium der Grundschule Zepernick auftreten. Gemeinsam werden sie Jazz-Standards neueren und älteren Datums zum Besten geben und auch die eine oder andere Ballade singen.

THORSTEN WIRTH (kunstbrueckepanketal.de)

Karl Valentin im Heidekrug

Am 2. September, um 20 Uhr, präsentiert Andreas Koll (ehemaliger Sammlungsleiter des Valentin-Karlstadt-Musäums München) im KULTURHAUS HEIDEKRUG 2.0 in Joachimsthal (Brunoldstr. 1, www.heidekrug.org) einen unterhaltsamen Vortrag mit Musik und vielen Bildern über die frühen Jahre des Karl Valentin und seinen Entdecker Wiggerl Greiner.

Ludwig »Wiggerl« Greiner war Wirt in München und Karl Valentin war sein Untermieter. Aber Wiggerl war auch ein Meister des Humors, ein begnadeter Zeichner, der auf seine Art in einer Reihe mit Wilhelm Busch, Ali Mischgusch und anderen steht und der die Komik des bis dahin wenig erfolgreichen Valentin entdeckte. Da ihm selbst trotz viel Kreativität und einer unbändigen Lust auf »Schmarrn« der Drang zur Bühne fehlt, begleitet er Karl Valentin am Klavier, aber viel wichtiger ist, daß er den Kern des Komikers fassen kann und ihm vorschlägt, daß er seine spindeldünne Silhouette in seine Komik einbeziehen soll, was schließlich zum Erfolgsrezept wird.

Der Eintritt beträgt 10 Euro an der Abendkasse.

RUTH BUTTERFIELD

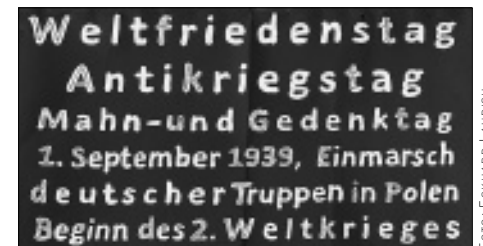


Foto: Eckhard Laurich

Eberswalde: Marktplatz, 16 Uhr, organisiert von Menschen, die sich der weltweiten Friedensbewegung zugehörig fühlen.

Bernau: Marktplatz, 17 Uhr, organisiert vom Friedensbündnis Bernau und vom Friedensbündnis Panketal.

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 9. August 2023

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 6. September 2023.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich künde.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine Versandkostenpauschale von 9 Euro pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle ☐ per Lastschrift ☐ per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift _____

☐ Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)